

G 7448 E

# ZfB

## Ziviler Bevölkerungs- schutz

Nr. 4 · April 1971

16. Jahrgang

Preis des Einzelheftes

DM 1.50



Für							Sie				
Für							Sie				
Für			Für		Für		Sie				
Für	notiert	Für		Für			Sie				
Für	notiert	Für		Für		Für	Sie				
Für	Sie	notiert	Für		Für	Sie	notiert	Für	Sie		
Für	Sie	notiert	Für	Sie	notiert	Für	Sie	notiert	Für	Sie	notiert
Für	Sie		Für	Sie	notiert	Für	Sie	notiert	Für	Sie	notiert
	Sie		Für	Sie	notiert	Für	Sie	notiert			notiert
	Sie			Sie	notiert		Sie	notiert			
	Sie			Sie	notiert		Sie				
				Sie			Sie				

## Japaner übersetzten ZV-Buch der Schweiz

In Tokio hat ein Verlag das Zivilverteidigungsbuch der Schweiz in japanischer Sprache herausgebracht. Das Buch gleicht mit dem roten Umschlag und den Bildern ganz dem schweizerischen Vorbild, wurde doch der ganze Inhalt vollständig übernommen und ins Japanische übersetzt. Die Perfektion geht sogar so weit, daß auch das Vorwort des Chefs des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrat Ludwig von Moos, mit der Unterschrift ganz abgedruckt wurde. Es ging den Japanern darum, zu zeigen, was ein kleines Volk für die Freiheit und die Gesamtverteidigung leistet. Die Entstehung dieses japanischen Buches ehrt die Schweiz, ihre Regierung und alle, die für

das Zivilverteidigungsbuch gearbeitet haben und eingestanden sind.

Die Opposition, die in bestimmten, der schweizerischen Landesverteidigung feindlichen Kreisen auftrat und sich vor allem durch die Kapitel des zweiten Teiles betroffen fühlte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit des Schweizervolkes heute hinter diesem Buch steht, dessen Gehalt durch die Ereignisse der letzten Monate vollauf bestätigt wurde. Japan ist aber lange nicht das einzige Land, in dem das Zivilverteidigungsbuch Würdigung und Anerkennung gefunden hat, wie Pressestimmen, z. B. aus Großbritannien, aus Skandinavien, aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den USA, beweisen. (Das Werk wurde in der ZB Nr. 12/69 besprochen. Die Red.)

Das Buch, das in Japan durch die Buchhandlungen für 600 Yen vertrieben wird, hat bei Behörden und bei der Bevölkerung größtes Interesse gefunden. Man wundert sich darüber, daß sich die als friedfertig bekannte Schweiz so umfassend und weit-sichtig für Kriegs- und Katastrophensituationen vorbereitet. Die Zivilverteidigung und ihre verschiedenen Aspekte, wie z. B. auch der Notvorrat, sind für die Japaner, die bis heute nur die Armee kannten, neue Begriffe. Wie man hört, soll die japanische Regierung beabsichtigen, später ein eigenes, auf die Gegebenheiten und Möglichkeiten ihres Landes abgestimmtes Zivilverteidigungsbuch herauszugeben.

H. A.

## „Interschutz — Der Rote Hahn“

Die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes wird in Zusammenarbeit mit der Messe- und Ausstellungsgesellschaft der Stadt Frankfurt am Main vom 24. Juni bis 2. Juli 1972 auf dem Messegelände in Frankfurt eine Internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz: „Interschutz — Der Rote Hahn“ veranstalten.

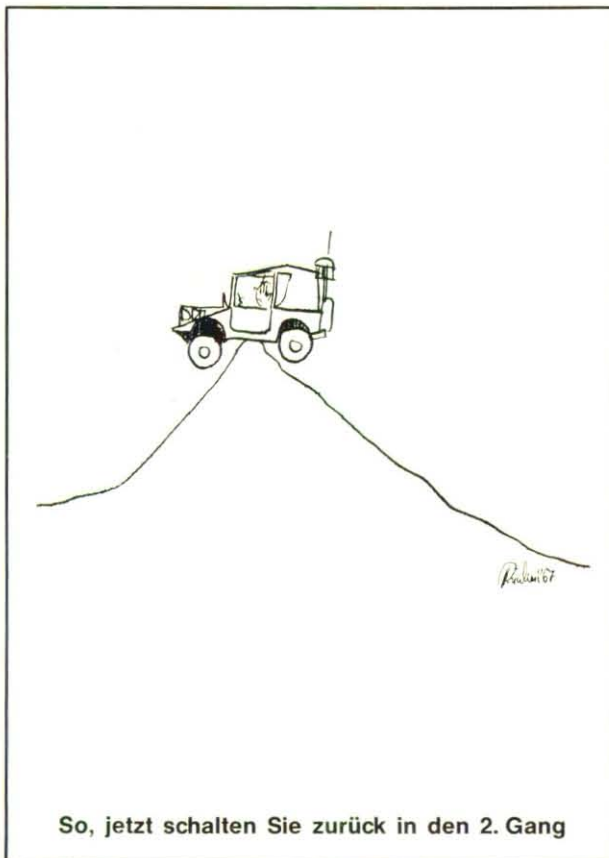
Eine umfangreiche Industrieschau wird sich mit allen technischen Entwicklungen auf den Gebieten des abwehrenden und vorbeugenden Brandschutzes, der technischen Hilfeleistung, des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes sowie der Geräte- und Fahrzeugentwicklung befassen.

Parallel dazu wird der ideelle Teil der Ausstellung Sonderschauen und Vorführungen der Feuerwehren und ihrer Fachorganisationen sowie anderer Verbände der Rettungsdienste umfassen.

Zur gleichen Zeit finden in Frankfurt folgende Tagungen statt: Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes — Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren im Bundesgebiet und West-Berlin — Symposium des Internationalen Technischen Ausschusses für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen — Delegiertentagung des Deutschen Feuerwehrverbandes — Hessischer Feuerwehrtag und Fachtagung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Internationale Wertungsspiele der Feuerwehr-Musik- und -Spielmanszüge sowie internationale Feuerwehr-Leistungswettkämpfe vervollständigen das Programm.

Anfragen bitte an das Organisationsbüro „Interschutz — Der Rote Hahn“, Branddirektion, 6 Frankfurt (Main), Hanauer Landstraße 77.



So, jetzt schalten Sie zurück in den 2. Gang

# ZB 4'71

Nr. 4 · April 1971 · 16. Jahrgang

## Inhalt:

- Seite **II** Für Sie notiert
- Seite **2** Ein hoher Gast. Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann besuchte das Technische Hilfswerk
- Seite **4** Vor vollem Haus. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Wolfram Dorn, zu Gast in der BVS-Landesschule Birkenfeld
- Seite **6** Auf neuen Wegen. Rückblick auf die Rahmenübung „Brilon“ während der Fernmelde-Winterlehrgänge der Katastrophenschutzschule NW, Wesel, in Hildfeld (Hochsauerland). Von Wolfgang Baron. 1. Teil
- Seite **13** Gesucht wird...! Der Suchdienst bei Katastrophen und Konflikten. Von Albert Butz
- Seite **16** „Der blanke Hans.“ Hochwasser und Flutkatastrophen an den Meeresküsten. Ursachen, Entstehung, Ausmaß, Folgen und Bekämpfungsmaßnahmen. Von Dipl.-Ing Wolfram Such, II. Teil
- Seite **24** „Der Mensch in der Gefahr.“ Eine Bilddokumentation. Von Renate Gorges
- Seite **26** Die Probleme sind nicht unlösbar. Gedanken zum Bau von Mehrzweckanlagen. Von Brandamtman Karl Heinz Gehrman
- Seite **30** Landesstellen berichten
- Seite **32** Schlag nach bei... Auch die Belieferung mit Publikationen zum Zwecke der Auswertung gehört zur Betreuung der BVS-Redner
- Seite **III** Neue Bücher
- Seite **IV** Das Plakatbuch als Helfer. In vielen Situationen bietet es zusätzliche Sicherheit



Zu unserem Titelbild: Die Rahmenübung „Brilon“, die Anfang dieses Jahres im Hochsauerland stattfand, bot den übenden Fernmeldeeinheiten des Katastrophenschutzes ein ausreichendes Betätigungsfeld. Unser Bild zeigt Helfer beim Verlegen von Fernspreitleitungen unter Mitbenutzung des Bundespostgestänges. Lesen Sie mehr über diese Übung auf Seite 6 ff. Bildgestaltung: Sers/Willsberger

Einem Teil der Auflage dieses Heftes liegt ein Prospekt des Carl-Heymanns-Verlages, Köln, bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

ZB erscheint monatlich  
Chefredakteur:  
Dr. Bruno F. Schneider  
Redaktion:  
Helmut Freutel  
Alfred Kirchner  
Layout und Grafik:  
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:  
Münchner Buchgewerbehaus GmbH  
8 München 13, Schellingstraße 39-41  
Telefon 28 50 51, Telex 05-24 368

Anzeigenleiter:  
Hans Horsten

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion  
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr  
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
ist nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die  
Meinung der Verfasser wieder und müssen  
nicht unbedingt mit der Auffassung der Redak-  
tion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto  
(Österreich: öS 10,-, Schweiz: Fr. 1,80,  
Italien: L 250)

Abonnement vierteljährlich DM 4,50,  
jährlich DM 18,-,  
Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft  
sind 5% Mehrwertsteuer enthalten

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum  
Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.  
Sie muß bis spätestens an dessen  
erstem Tag beim Verlag eingehen.  
Bestellungen bei jedem Postamt  
oder beim Verlag.



Bekanntmachung gemäß § 8 Ziff. 3 des Gesetzes  
über die Presse vom 3. Oktober 1949: Inhaber und  
Beteiligungsverhältnisse: Otto Georg Königer,  
Verleger, München, 50%; Eise Peitz, München,  
17,5%; Elisabeth Metzler, St. Quirin, 10%; Oskar  
Müller, Geschäftsführer, München, 8,2%; Adolf  
Müller, Ingenieur, München, 8,1%; Helmut Müller,  
Flugkapitän, München, 6,2%.

# Ein hoher Gast

Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann  
besuchte das Technische Hilfswerk



**Bei der Ankunft des Bundespräsidenten hielt der Direktor des THW, E. Schmitt (mit dem Rücken zur Kamera), die Begrüßungsrede. Die Vorstellung der Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens übernahm Staatssekretär Dr. Schäfer (2. v. l.).**

Der 17. März 1971 war für das Technische Hilfswerk (THW) ein großer Tag. Bundespräsident Heinemann hatte den Wunsch gehabt, einmal einen Ortsverband zu besuchen, um mit den ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern dieser Organisation zu sprechen und sie bei ihrer praktischen Arbeit, also beim Umgang mit Maschinen, Werkzeugen und Geräten, zu erleben.

Die Ehre, den hohen Gast empfangen zu können, kam den Ortsverbänden Dortmund, Lünen, Schwerte, Arnsberg und Oberhausen zu, die stellvertretend für die mehr als 70 000 THW-Helfer, die im ganzen Bundesgebiet einschließlich West-Berlins in 565 Ortsverbänden zusammengefaßt sind, dem Bundespräsidenten und seiner Begleitung einen Überblick über Leistung, Ausrüstung und Einsatzmöglichkeiten gaben.

Der Ort dieser Veranstaltung war die Buschmühle im Dortmunder Westfalenpark. Diese Stelle bot sich sowohl von der Entfaltungsmöglichkeit wie auch von den Vor-

aussetzungen her, die für die Darbietung der verschiedenen Dienste erforderlich sind, geradezu als ideal an.

Nach der Begrüßung des Herrn Bundespräsidenten und der Vorstellung prominenter Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens sowie der Amtsleitung des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz durch den Staatssekretär im BMI, Dr. Schäfer, als Vertreter des Bundesinnenministeriums, hielt der Direktor des Technischen Hilfswerkes, Dipl.-Ing. Erhard Schmitt, die Begrüßungsrede. Dabei gab er dem Staatsoberhaupt einen Überblick über die Entwicklung der Organisation, zu der Dr. Heinemann im Jahre 1950 als damaliger Bundesminister des Innern den Auftrag zur Gründung erteilte. Insbesondere gab Schmitt eine Reihe von Beispielen, bei denen sich das THW und seine technische Apparatur in der Vergangenheit in hervorragender Weise bewährt haben.

Die Führung durch das Ausstellungs- und

Demonstrationsgelände durch den Direktor des THW und den THW-Ortsbeauftragten Baumeister Derwald, Präsident der Handwerkskammer Dortmund, ging vorbei an einzelnen Helfergruppen bei typischen Arbeiten. Der Rundgang durch die verschiedenen Stationen gab den Betrachtern einen tiefen Einblick in die Vielseitigkeit von Ausrüstung und Gerät, vom Stand der Ausbildung und von dem breiten Fächer der möglichen Einsatz- und Verwendungsarten dieser Organisation.

Es wurden u. a. vorgeführt: der Bau einer 50-Personen-Fähre sowie einer Anlegebrücke, die Errichtung eines Trümmersteiges, der Einsatz einer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage, Schweiß- und Installationsarbeiten, der Einsatz von Pumpaggregaten, Arbeiten mit dem Brunnenbohrgerät, Kabelarbeiten, Notstromversorgung, Fernmeldeeinrichtungen und der Einsatz der Sauerstofflanze.

Bundespräsident Heinemann zeigte ein reges Interesse an allen Vorführungen, die zum Teil auch von THW-Geschäftsführer Seifert sachkundig erläutert wurden. Der hohe Gast ließ es sich dann nicht nehmen, mit den Herren seiner Begleitung die Personenfähre zu benutzen und auf dem kleinen Buschmühlensee eine Rundfahrt zu unternehmen.

Zu einer sehr offenen und freimütigen Diskussion kam es in einem Raum des Buschmühlen-Restaurants, bei der die THW-Helfer dem höchsten Repräsentanten der Bundesrepublik ihre dienstlichen Sorgen und Nöte vortrugen. Dabei ging es in erster Linie um die Wünsche nach besserer und modernerer Ausrüstung, um wirtschaftlicheren Übungsbetrieb, um die Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung und einer gezielten Werbung neuer Helfer. Der Leiter der Abteilung Zivilverteidigung im BMI, Ministerialdirektor H. A. Thomsen, und der Direktor des THW, Schmitt, griffen die Diskussionspunkte auf und beantworteten sie aus ihrer Sicht. Dabei wurde den Helfern eine Verbesserung der Situation durch die Aufstockung der finanziellen Mittel in Aussicht gestellt. MinDir Thomsen wies noch einmal darauf hin, daß die finanzielle Unterstützung der Zivilverteidigung durch den Staat zwischen 1962 und 1969 ständig zurückgegangen sei, daß die jetzige Bundesregierung diese negative Entwicklung aber aufgefangen und erstmalig wieder für beachtliche Erhöhungen des Etats gesorgt habe. Soweit abzusehen, bliebe diese positive Entwicklung auch erhalten. Direktor des THW und Vizepräsident des



**Die Bilder dieser Seite können nur eine vage Vorstellung von der Vielfältigkeit und Zweckmäßigkeit der THW-Ausrüstung vermitteln, die anlässlich des Besuchs des Herrn Bundespräsidenten ausgestellt wurde.**



BzB E. Schmitt gab Antwort auf alle technischen Fragen. So konnte er als Diplomingenieur selbst über kleinste technische Details an Ausrüstung und Gerät Auskunft geben.

Die ganze Diskussion war auch darum so erfreulich, weil sie fair geführt wurde. Dabei waren die jungen Helfer in keiner Weise zimperlich. Völlig unbeschwert wiesen sie auf Mißstände hin und trugen in kühler Sachlichkeit Anregungen zur Verbesserung vor, die interessiert aufgegriffen wurden.

In vielen Fällen konnte eine baldige Verbesserung zugesagt werden. Zwar nahm man seitens der Helfer diese Zusagen mit Befriedigung zur Kenntnis, brachte aber auch die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Verwirklichung der berechtigten Forderungen nicht durch Bürokratismus verzögert, verschleppt oder verwässert werde.

Bundespräsident Heinemann dankte den Helfern für die fundierte und konstruktive Kritik, weil nur sie es sei, die zum Besseren führe.

Gemeinsam mit den Helfern fanden sich der hohe Gast und die Repräsentanten von Bund, Ländern, Gemeinden und Organisationen in einer großen Halle zum Mittagessen ein. Bei dieser Gelegenheit wandte sich Dr. Heinemann noch einmal in einer kurzen Ansprache an die Helfer des THW. Er lobte die ständige Einsatzbereitschaft und damit das gute Beispiel demokratischer Mitverantwortung. Zu der vieldiskutierten technischen Ausrüstung sagte der Bundespräsident: „Spitzhacke und Schaufel, so notwendig sie auch heute noch sein mögen, versinnbildlichen nicht mehr die Leistungsfähigkeit des THW. Nur ein hoher technischer Ausbildungsstand und moderne Hilfsmittel – so wie die heute gezeigten – machen das THW zu einer der tragenden Säulen des Katastrophenschutzes.“

Helmut Freutel



# Vor vollem Haus

Der Parlamentarische Staatssekretär  
beim Bundesminister des Innern,  
Wolfram Dorn, zu Gast in der  
BVS-Landesschule Birkenfeld



Einblick in die Tätigkeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz vermittelte die Landesschule Birkenfeld Staatssekretär Dorn (Mitte), hier mit den Landesstellenleitern Scholz und Krakowski (2. u. 3. v. l.) und Dienststellenleiter Linden. Unten: Der Selbstschutzzug aus Konz vor seinem Übungseinsatz.



Eines der Ziele der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) ist es, bei profilierten und engagierten politischen Persönlichkeiten auf Landes- und Kreisebene Verständnis für die Arbeit des Verbandes zu wecken und sie über aktuelle Probleme der Zivilverteidigung auf dem laufenden zu halten. Dabei geht es aber auch darum, dem steigenden Informationsbedürfnis Rechnung zu tragen und um eine Meinung zu ermöglichen, die sich an Tatsachen orientiert.

In Verfolgung dieses Zieles veranstaltete die Landesstelle Saarland in der BVS-Landesschule Birkenfeld zum zweiten Mal eine eintägige Informationstagung für das Landesbüro Saarland der Friedrich-Naumann-Stiftung. Seit Bestehen der Schule Birkenfeld, also seit 1969, war dies die 34. Informationstagung für Parteien und Gewerkschaften überhaupt. Eingeladen waren der FDP-Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden. Zu dieser Veranstaltung erschienen 25 Teilnehmer. Anwesend waren ferner der Landesbeauftragte des THW Saarland, Reimann, der DAG-Landesverbandesleiter Rheinland-Pfalz/Saar, Rudolf Woll, der DAG-Landesberufungsgruppenleiter für Bergbauangestellte, Theo Grittner, und das Mitglied des Landeshauptausschusses der FDP und Landesvorstandsmitglied Rainer Jost.

Zum gleichen Zeitpunkt liefen an der Schule noch ein Fachlehrgang „Berater“ und eine Informations- und Arbeitstagung für BVS-Frauensachbearbeiterinnen. Ferner war ein kompletter Selbstschutzzug aus Konz an der Mosel zu einer Übung zusammengezogen worden. Wieder einmal freute sich Schulleiter Schnitker über ein volles Haus.

Gast der Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung und damit auch Gast der BVS-Landesschule war am 16. März der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Wolfram Dorn, der sowohl vom Landesbeauftragten der Stiftung, Kurt Wolf, wie von den BVS-Landesstellenleitern Scholz und Krakowski herzlich begrüßt wurde. Dabei brachte Scholz seine Freude darüber zum Ausdruck, daß durch diesen Besuch die Gelegenheit gegeben war, dem für die Zivilverteidigung zuständigen Staatssekretär Einblick in die praktische Tätigkeit des BVS zu geben. Wie kaum an einem anderen Ort könne man an



**Im Übungsgelände der Landesschule gaben die drei Staffeln des Selbstschutzzuges ein gutes Bild ihrer Leistungsfähigkeit.**

**Staatssekretär Dorn bedankt sich bei Selbstschutzzugführer Treinen für die gezeigte gute Leistung und die langjährige Mitarbeit der Helfer.**



eine extensive Auslegung des Textes des Katastrophenschutzgesetzes, frei von allen Fesseln und stark auf friedensmäßige Katastrophen und Unglücke bezogen.

Als ein spektakuläres Ereignis für dieses Jahr bezeichnet Dorn den für Oktober geplanten Helfertag in Stuttgart, auf dem noch mehr als auf den bisherigen vier Helfertagen das humanitäre Wirken der Katastrophenschutzorganisationen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden soll.

Auf dem Sektor Schutzraumbau bedauerte Staatssekretär Dorn das bisher verhältnismäßig geringe Echo auf das großzügige Angebot der Bundesregierung, den privaten Hausschutzraumbau zu bezuschussen. Hier müsse man die Konsequenzen ziehen, und neue Anreize, z. B. für den Bau von Mehrzweckanlagen schaffen.

Auch die weiteren Ausführungen von Staatssekretär Dorn zeigten, daß innerhalb des Zivil- und Katastrophenschutzes einiges in Bewegung geraten ist: Die Verwaltungsvorschrift „Selbstschutz“ soll bis zum Juni im Bundesrat durchgebracht werden. Die Zahl der Helfer, die sich zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichten können und dadurch vom Wehrdienst freigestellt werden, wurde verdoppelt. Die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit wurden stark erhöht. Das Weißbuch der Zivilverteidigung reift seiner Vollendung entgegen.

Lebhafte Beiträge aus der Helferschaft würzten die sich anschließende Diskussion, die mit dazu beitrug, daß die anwesenden sowohl hauptamtlich wie auch ehrenamtlich im Zivilschutz tätigen Helfer in ihrer Haltung gestärkt und in ihrer Auffassung bestätigt wurden. Der Landesbeauftragte der Friedrich-Naumann-Stiftung, Kurt Wolf, würdigte den hohen Informationswert der Veranstaltung und versicherte, daß man auch in Zukunft weiterhin eng mit dem BVS zusammenarbeiten werde.

Helmut Freutel

einer Landesschule die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung, ihre Sorgen und ihre Meinungen kennenlernen.

Die von den Landesstellenleitern vorgetragenen Leistungs- und Situationsberichte der Landesstellen ergaben ein Bild zielbewußter Arbeit und ungebrochenen Einsatzwillens der Helferschaft. Landesstellenleiter Krakowski beantwortete in einem ausführlichen Referat die Frage: „Was ist ein Selbstschutzzug?“ Die Behandlung dieser Frage ist darum von Bedeutung, weil über das künftige Schicksal der vorhandenen Selbstschutzzüge noch keine endgültige Entscheidung besteht.

Unter der fachkundigen Interpretierung des Verlaufs der einzelnen Phasen durch den Leiter der BVS-Dienststelle Trier, Gerhard Linden, gaben die drei Staffeln des an der Schule anwesenden Selbstschutzzuges, verstärkt durch zwei Rettungshunde mit

ihren Führern, ein gutes Bild ihrer Leistungsfähigkeit.

In seiner Rede vor den Teilnehmern der Friedrich-Naumann-Stiftung und den Lehrgangsteilnehmern der Schule ging Staatssekretär Dorn noch einmal auf die Demonstration des Selbstschutzzuges ein. Dabei machte er den Vorschlag, der BVS möge zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit einen Film über Sinn und Zweck, Einsatzbereitschaft und Leistungsvermögen der Selbstschutzzüge erstellen. Er sei überzeugt, daß ein solcher Film mit dazu beitragen könne, durch überzeugende Argumente die psychologische Barriere, die sich noch der Selbstschutzarbeit in den Weg stelle, zu überwinden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede verlangte Wolfram Dorn eine moderne Öffentlichkeitsarbeit mit neuen Methoden der Ansprache der Bevölkerung. Bezüglich der Aufklärung durch den BVS verlangte der Staatssekretär

# Auf neuen Wegen

I. Teil

Von Wolfgang Baron,  
Leiter der Katastrophenschutzschule NW

Rückblick  
auf die Rahmenübung „Brilon“  
während der Fernmelde-  
Winterlehrgänge der  
Katastrophenschutzschule NW,  
Wesel, in Hildfeld (Hochsauerland)



Der Skeptiker sollte diese Überschrift nicht allzu wörtlich nehmen. Für ihn mag es sich um Wege handeln, die schon bekannt sind, die aber bisher nur wenig oder gar nicht begangen wurden.

Es war vieles erstaunlich und sehr ungewöhnlich an der Rahmenübung „Brilon“. Schon allein die viermalige Wiederholung in vier aufeinanderfolgenden Lehrgangswochen (17. 1. bis 13. 2. 1971) hätte eigentlich Langeweile und Überdruß spätestens bei der 4. Übung hervorrufen müssen. Aber nichts davon! —

Ungewöhnlich mag es auch erscheinen, daß im folgenden nicht von einem „Unparteiischen“ die übliche Kritik abgehandelt wird, sondern nur eine Rückschau in eigener Sache gehalten wird.

An Kritik hat es im übrigen nicht gefehlt, und sie wird sich hoffentlich auch noch weiterhin einstellen. Ich bin indessen dankbar, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, mich rückblickend über Aufgabe, Durchführung und Ergebnis dieser Rahmenübung, für die mir die Verantwortung übertragen wurde, zu äußern. Ich möchte mich im folgenden nicht an Details aufhalten, obwohl in ihnen der Teufel stecken soll. Ich möchte über die Übungen erzählend berichten und hier und da meine Gedanken und Eindrücke hinzufügen.

Mich reizten bei der Konzeption der Übung die Probleme, die in den humanitären Aufgaben des Katastrophenschutzes aufbrechen, wenn man sie nur aufgreift, und die, wenn sie nicht faszinieren und zu Taten anspornen, bei vielen Verantwortlichen nur Resignation und sogar Widerwillen hervorrufen. Diese Aufgaben sind offenbar noch unwägbar und unabsehbar wie die Katastrophe selbst. Der einzelne steht ihnen scheinbar erfolglos gegenüber, und doch vermag auch der einzelne Helfer viel, wenn alle Kräfte zusammenwirken. — Gefahren erkennen und abschätzen, die helfenden Kräfte am Schwerpunkt ansetzen und diese Kräfte zusammenwirken lassen, das heißt Führen in der Katastrophe. Um dieses Führen ging es in der Rahmenübung „Brilon“, allerdings ursprünglich nur um das, was zum Führen erforderlich ist.

Der FM-Dienst (Fernmeldedienst) ist ein Mittel der Führung. FM-Übungen sind daher nur im Rahmen von Führungsübungen wirklichkeitsnah zu gestalten. Wenn in den Übungen die verschiedenen FM-Mittel sinnvoll angewendet werden sollten, und wenn mehrere FM-Einheiten, die zur rationellen Durchführung der Winterlehrgänge zusammenkommen mußten, eingesetzt werden sollten, dann mußte der Rahmen der Führungsübungen so weit gespannt sein, daß er genügend Spielraum für angemessene Aufträge an die FM-Einheiten bot. Die FM-Winterlehrgänge in Hildfeld haben in den beiden vergangenen Jahren dieser komplexen Forderung nicht genügend entsprochen. Die Ausbildung beschränkte sich im wesentlichen auf den Bau bzw. auf das Herstellen von FM-Verbindungen und hatte ihren didaktischen Wert besonders darin,

daß technische Fähigkeiten und praktisches Können auch unter widrigen und insofern einsatznahen Bedingungen bis zur Perfektion angestrebt wurden. Es ist dabei manchmal unter den winterlichen Wettereinflüssen fast Unmenschliches geleistet worden. Das soll nicht in Abrede gestellt werden. In dieser technischen Perfektion aber erkannte sich der FM-Dienst nur allzu gern als Selbstzweck. Der Betriebsdienst wurde, sobald die Verbindungen einmal „standen“, wenn nicht als überflüssig, so doch häufig nur als lästig empfunden. Man begnügte sich damit, ihn „darzustellen“.

Es war also gar nicht verwunderlich, wenn z. B. in der ersten Rahmenübung ein allseits als tüchtig und besonders geschickt bekannter FM-Zugführer den Vorwurf be-

fürher nicht veranlaßt, da er doch „seinen“ Auftrag schon als erfüllt ansah. Die Begehenheit ist hier vielleicht etwas vereinfacht dargestellt, aber sie ist in ihrem Inhalt zu treffend und typisch.

So war es verständlich, daß das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB) in der entscheidenden Besprechung mit dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen (IM/NW) am 21. 10. 1970 diesmal die Genehmigung der FM-Winterlehrgänge in Hildfeld von der Bedingung abhängig gemacht hatte, daß die FM-Züge hinreichend Gelegenheit zu einsatznahen Betriebsdienst-Übungen in einer entsprechend angelegten Rahmenübung als Ausbildungsschwerpunkt erhalten sollten. Dabei sollte übrigens gleichzeitig eine neue Konzeption einer



leidigt zurückwies, daß er seinen Auftrag nicht erfüllt habe. Er konnte dagegen mit Stolz beweisen, daß er, der FM-Zugführer, in relativ kurzer Zeit mit allen ihm aufgegebenen Fachdienst-Einheiten einwandfreie Verbindung hergestellt hatte. Leider hatte aber der Techn. Einsatzleiter, dem der FM-Zug als Führungsmittel für die Befehlsstelle dienen sollte, diese Verbindungen nicht. Der Techn. Einsatzleiter konnte daher seine Einheiten nicht führen! Zu einer Verbindung zum Techn. Einsatzleiter, d. h. zum Zusammenwirken mit ihm sah sich der FM-Zug-

**Einweisung der Führungskräfte in der Hochsauerlandhalle von Hildfeld durch den Dezernenten 22 des Regierungspräsidenten Arnsberg, Eberhard Fries (4. v. r.), und den Übungsleiter der Katastrophenschutzschule in Wesel, Wolfgang Baron (5. v. r.). Die linke Seite zeigt die große Relaisstelle Steinberg mit einem Sondermast „Leopold Hildfeld 200“.**

FM-Stelle im Bereich des Oberkreisdirektors (OKD) und eines durch eine weitere Funkgruppe und einen Fernschreibtrupp verstärkten FM-Zuges dargestellt und erprobt werden.

Für die Rahmenübung stellte sich der Regierungspräsident (RP) Arnsberg mit dem Kreis Brilon und den angrenzenden Kreisen Wittgenstein und Meschede zur Verfügung. Der von der Polizei ausgebildete und betreute K-FM-Zug (Katastrophen-FM-Zug) des RP und die kreiseigenen K-FM-Züge wollten sich verständlicher-

weise der FM-Vollübung anschließen. Der Kreis Wittgenstein brachte außerdem noch seinen übergeleiteten LS-FM-Zug (mot) ein, so daß insgesamt in jeder Rahmenübung 5 K-FM-Züge und 3 LS-FM-Züge zum Einsatz kommen konnten. Allein diese „Mischung“ war schon ein Wagnis.

Die in der Hochsauerlandhalle in Hildfeld zu den 4 FM-Winterlehrgängen für je eine Woche untergebrachten 2 LS-FM-Züge (mot) mit 1 K-FM-Zug, dazu das notwendige Ausbildungs- und Hilfspersonal, stellten übrigens die Katastrophenschutzschule hinsichtlich der einsatznahen Versorgung und Betreuung wieder vor umfangreiche und schwierige Aufgaben. Es bot sich daher an, einerseits zur Entlastung des Personals der Schule, andererseits als willkommene Möglichkeit zur einsatznahen Fortbildung, gleichzeitig je einen Fortbildungslehrgang für Feldköche – Schirrmeister (K) – und Rechnungsführer aller Fachdienste in Hild-

feld durchzuführen. Die Effektivität dieser Ausbildung konnte nach den Erfahrungen aus den Versuchen des Vorjahres von vornherein als gesichert gelten.

Der „große“ Rahmen der Führungsübungen war, wie schon erwähnt, durch die Erfordernisse der FM-Vollübungen gegeben, die vor allem auf die drei FM-Züge der Winterlehrgänge in Hildfeld abzustellen waren. Es kam darauf an, ihn so auszufüllen, daß möglichst umfangreiches und wirklichkeitsnahes Material für den FM-Betriebsdienst anfallen würde, und daß zugleich den beteiligten Führungsstellen ihre Aufgaben so nahegebracht wurden, daß sie sich darin unter möglichst zweckmäßiger Auswahl und Anwendung der vorhandenen FM-Mittel weitestgehend selbständig üben konnten. Ferner mußte der Ablauf der Ereignisse so dargestellt werden, daß insbesondere die Einheitsführer ihre Aufgaben stets im Zusammenhang mit der Gesamtlage erkennen und aus der Beherrschung der Funktionen ihres Fachdienstes ohne besondere Anleitung folgerichtig erfüllen konnten. Schließlich sollte das „Management“ der Führung in den verschiedenen Ebenen und Fachzweigen so zum Tragen kommen, daß die unabdingbare Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Kräfte durch ständige Verbindung untereinander mit Hilfe geeigneter FM-Mittel deutlich sichtbar wurde.

Das Stichwort für die Ausgangslage der Rahmenübung hatte der IM/NW bereits in der Besprechung in Bad Godesberg am 21. 10. 1970 gegeben: „Betreuung großer Bevölkerungsmassen.“ Gemeint waren Menschen, die durch Katastropheneignisse großen Ausmaßes ihre Wohnstätten und Heimorte hatten verlassen müssen, dadurch neuen Gefahren ausgesetzt und einem ungewissen Schicksal schutzlos preisgegeben waren.

Damit war nur der Hintergrund angedeutet, vor dem sich das Übungsgeschehen vollziehen sollte. Es war aber noch nicht abzusehen, welche Probleme und welche umfangreichen Aufgaben in der Katastrophenabwehr im einzelnen den beteiligten Kreisen in der Übungslage und in der Realität daraus erwachsen würden. Mit Sicherheit war zu erkennen, daß die Grenzen des routinemäßigen Hilfs- und Rettungsdienstes weit überschritten würden, und daß eine Schadenslage mit so umfangreichen Auswirkungen auf die Bevölkerung aufgrund einer denkbaren „friedensmäßigen“ Katastrophe nach allen Erfahrungen sehr unwahrscheinlich wirken würde und insofern keine realistische Lage für die beabsichtigte Rahmenübung darstellen konnte.

Man trifft übrigens bei Kat.-S-Planübungen und -Einsatzübungen noch immer auf Vorurteile und Ablehnung, wenn in der Lage ein V-Fall (Verteidigungsfall) angenommen wird. Die „friedensmäßige“ Katastrophe, z. B. die Naturkatastrophe, wird als schicksalhaft und unabwendbar hingesehen. Der humanitäre Einsatz wird als gerechtfertigt und geboten angesehen. Dagegen gelten Katastrophen, die durch einen ange-

**Unten: Hier weist der Zugführer seine Gruppenführer in die Übung ein. Das Bild darunter zeigt einen Teil der Unterkunft in der Hochsauerlandhalle.**



nommenen V-Fall verursacht würden, offenbar grundsätzlich als selbstverschuldet, als gewollt, als herbeigewünscht oder zumindest in dieser Hinsicht als suspekt. Ein humanitärer Einsatz wird gar nicht in Erwägung gezogen oder als unverantwortlich, weil unverdient, abgelehnt. — Ich möchte hier auf die Widersprüchlichkeit und Unvereinbarkeit solcher Auffassungen mit den Gesetzen und mit dem Prinzip der Humanität nicht näher eingehen. Aber ein Irrtum sollte endlich einmal ausgeräumt werden: Die Katastrophe „Krieg“, für uns der V-Fall, ist leider in unserer Zeit der bis an die Grenzen des Utopischen vordringenden Technik und der durch diese „Magie“ beherrschten Machtpolitik im gleichen Maße, d. h. ebensowenig, vor allem von den unschuldig Betroffenen, vorausschaubar, kalkulierbar oder beeinflussbar wie irgendeine andere „friedensmäßige“ Katastrophe.

Katastrophenereignisse näher einzugehen. Obgleich es sich nach den angenommenen Schadensereignissen um eine Lage im V-Fall handelte, ist die Verkündung des Spannungsfalles sowie des Verteidigungsfalles bewußt unerwähnt geblieben. Auch das sollte in dieser Lage realistisch wirken. Infolge der noch nicht beendeten „Einordnung“ im Sinne des KatSG (Katastrophenschutzgesetzes) entstanden dadurch aber unvermutet Unklarheiten hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen und Voraussetzungen für den Einsatz der Stäbe und Einheiten, die jedoch ausdiskutiert und beseitigt werden konnten.

Schon durch die Ausgangslage sollte das Interesse der beteiligten Hauptverwaltungsbeamten im Reg.-Bez. Arnsberg auf die möglichen unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der Katastrophenereignisse für ihre Kreise gelenkt und die

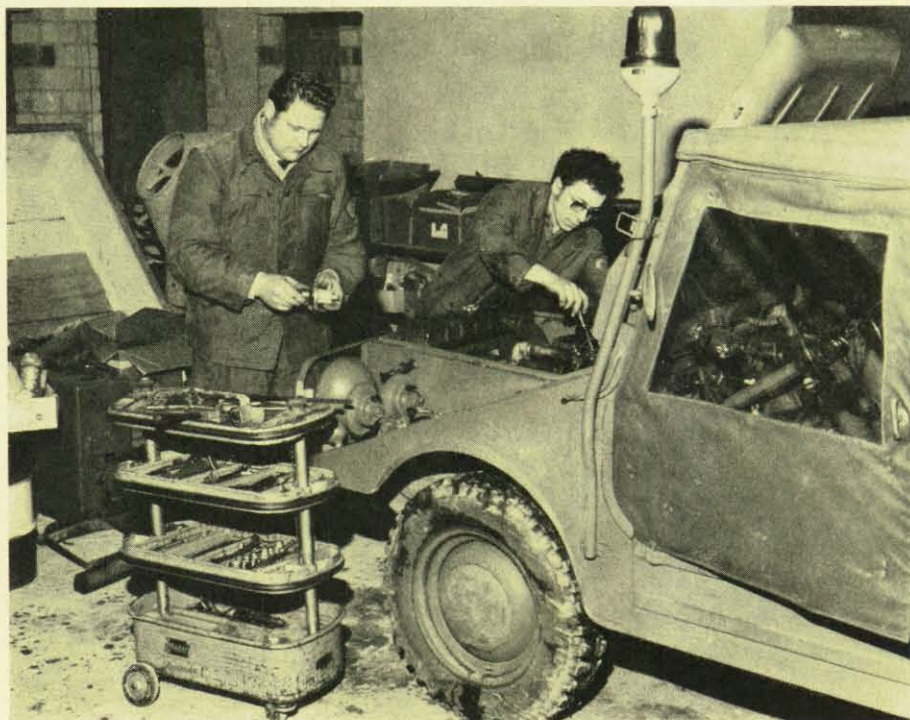
zu erwartende weitere Entwicklung der Lage schon frühzeitig erkennbar gemacht werden. Die Kat.-S-Dienste selbst sollten indessen ihr Augenmerk ausschließlich auf die betroffenen bzw. bedrohten Menschen und auf die voraussichtlichen Erfordernisse zur Hilfeleistung richten. Durch erkennbare Zusammenhänge und durch den möglichst realistisch dargestellten Ablauf des Geschehens sollten den beteiligten Führungskräften folgerichtige Maßnahmen und ein untereinander abgestimmtes Handeln leichtgemacht werden. Denn im Hinblick auf die FM-Vollübung kam es darauf an, den Fortgang der Ereignisse bei allen Beteiligten in ständigem Fluß zu halten, weil nur dadurch die „Vollbeschäftigung“ der Fernmeldeeinrichtungen gewährleistet werden konnte. Das war natürlich nur schrittweise möglich und sollte sich etwa folgendermaßen vollziehen:



**Die Rahmenübung „Brilon“ bot eine willkommene Gelegenheit, gleichzeitig Fortbildungslehrgänge für Rechnungsführer, Feldköche und Schirrmeister (K) aller Fachdienste durchzuführen.**

Oder anders ausgedrückt: Den Krieg nicht zu wollen und ihn zu verabscheuen oder einfach „neutral“ zu sein, bietet für niemanden Schutz vor seinen Auswirkungen und Folgen. Ich sehe daher in keinem Falle einen grundsätzlichen Unterschied in der humanitären Pflicht zur Hilfeleistung. Ich sehe nur die leidenden und die hilfsbedürftigen Menschen!

Bei der Ausarbeitung der Lage für die Rahmenübung „Brilon“ konnte darauf verzichtet werden, auf die Ursachen und ihre Zusammenhänge sowie auf das Entstehen der



Nach einer Anlauf-Phase, die der Heranführung und Entfaltung der kreiseigenen, insbesondere aber der unterstellten zusätzlichen Kräfte dienen würde, in der die FM-Verbindungen zunächst zu erstellen und der Betriebsdienst für die ersten Fachdienstesätze aufzunehmen war (Phase I), mußten sich die Einsätze in der Phase II zunehmend zeitlich und räumlich verdichten, damit schließlich alle Kräfte und Möglichkeiten der Fachdienste restlos ausgeschöpft werden konnten. Durch Entstehung bzw. Bildung neuer Lenkungs- und Betreuungsschwerpunkte würden entsprechende Führungsmaßnahmen ausgelöst, und im übrigen würden sämtliche Führungsstellen schon allein durch die Erfordernisse des Nachschubs an Material und Gerät für alle Fachdienste sowie der Versorgung der eingesetzten Einheiten, aber vor allem durch die Sorge um die ständig anwachsende Zahl der zu betreuenden Menschen voll ausgelastet werden. Während des Nacheinsatzes in der Phase III sollten die Anforderungen an die völlig erschöpften und durch Ausfälle bereits geschwächten Einheiten zunächst langsam, aber spürbar nachlassen.

Durch neue Schadensereignisse am frühen Morgen würden dann aber die ungenügend erhaltenen Kräfte so beansprucht und verbraucht werden, daß schließlich die Ablösung fast aller Einheiten eingeleitet werden müßte. Dadurch würden an alle Fernmeldeeinrichtungen nochmals höchste Anforderungen gestellt werden müssen, bis der Vollzug der Ablösung am Morgen schließlich die Übung beendete.

Mit dieser Konzeption der sich in drei Phasen steigenden Übung mußte von allen Teilnehmern, Führenden wie Geführten, neben allen fachlichen Fähigkeiten äußerste Pflichterfüllung und voller persönlicher Einsatz abverlangt werden. Das setzte bei den Helfern Einsicht und Begeisterung voraus, die nur erwartet werden konnten, wenn der humanitäre Sinn der gestellten Aufgaben erkennbar gemacht und verstanden wurde. Die hilfsbedürftigen und bedrohten Menschen und ihr Schicksal sollten daher immer wieder aus dem Übungsgeschehen hervortreten. Die Darstellung einer Katastrophe will insofern nicht nur durchdacht, sondern auch nachempfunden sein.

So entstand zunächst die Frage, was geschehen würde, wenn durch Katastrophenereignisse z. B. an der östlichen Grenze des Bundesgebietes die dortigen Bewohner sich gezwungen sähen, ihre Wohnstätten und Heimatorte plötzlich zu verlassen. Die Frage lautete weiter, was die Menschen entgegen dem Rat und der eigenen ursprünglichen Absicht, zu Hause zu bleiben, überhaupt dazu veranlassen könnte, alles zu verlassen? Wenn man sich vorstellte, daß es sich z. B. um atomare Katastrophenereignisse handelte, wie würden sich dann solche Bevölkerungsbewegungen vollziehen, und in welchem Zustand befänden

sich die Menschen vor allem unter winterlichen Wetterverhältnissen? Ich habe es mir versagt, noch weiter zu denken, z. B. an eine zusätzliche Kontamination durch chemische Kampfstoffe.

Es war für die Kreise des Sauerlandes die erste Rahmenübung dieser Art – vielleicht überhaupt die erste Übung dieser Art in unserem Lande. Es erschien mir daher angebracht, mich zunächst auf Teile und Ausschnitte der in meinen Vorstellungen entstandenen Katastrophe zu beschränken. Aber auch in diesem begrenzten Rahmen verblieb noch eine solche Fülle von Aufgaben, Problemen und Schwierigkeiten für die Führung der Kat.-S-Dienste und ihre FM-Einrichtungen, daß jeder Mitwirkende,

alle sonstigen einschlägigen, derzeit zutreffenden Unterlagen der Kreise zugrunde zu legen und weitmöglichst auszunutzen. Von Übungen in der Art und im Ausmaß der Rahmenübung „Brilon“ erwartet man ferner, daß möglichst allen Beteiligten verwertbare Erkenntnisse und Erfahrungen für die alltägliche Praxis vermittelt werden. Es sollte daher stets nur von dem Kräftepotential der Kat.-S-Dienste, von der Verfügbarkeit und der Einsatzbereitschaft ausgegangen werden, die den für die Praxis anwendbaren Tatsachen und Unterlagen entsprechen. Andererseits sind in den Dispositionen aber auch alle Reserven zu erfassen und auszuschöpfen, die im Selbstschutz, in den karitativen Verbänden und



ob Führungskraft oder Fernmelder, überreichlich daran teilhaben konnte.

Man konnte in dieser Lage davon ausgehen, daß die Katastrophenereignisse sich schon vorher angekündigt hatten. Es war daher denkbar, daß vorbeugende Maßnahmen der Verwaltungen und der Kat.-S-Dienste möglich gewesen waren. Diese Vor- ausmaßnahmen, die das „Management“ der Führung im Einsatz natürlich wesentlich erleichtern könnten, wurden in der „Besonderen Lage“ zusammengefaßt und im übrigen alles das in den „Bemerkungen zur Lage“ hinzugefügt, was zum Zeitpunkt des ersten Wirksamwerdens der Katastrophenabwehr für das Verständnis der Situation, für die Maßnahmen der Führung und für den Einsatz der Kat.-S-Dienste wissensnotwendig war.

Es gehört zur realistischen Gestaltung solcher Übungen, daß von den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen im Spielbereich ausgegangen wird. Es waren daher die K-Abwehrpläne, Ortsbeschreibungen und

#### **Erprobung des vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zur Verfügung gestellten Funkfern- schreibers für das Versorgungsnetz.**

Vereinen und vor allem unter den nicht mehr im aktiven Dienst Tätigen der Hilfsorganisationen vielfach erst durch die Katastrophe mobilisiert werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen Gedanken anfügen: In Zukunft sollte den Ortsbeschreibungen weitaus mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden als bisher. Sie sind die Grundlagen der Katastrophenabwehrpläne. Wie die Rahmenübung „Brilon“ erkennen ließ, sollten sie nicht nur die Gegebenheiten innerhalb des eigenen „Gartenzaunes“ erfassen und auswerten, sondern auch darüber hinaussehen, d. h. in größeren Zusammenhängen, nach übergeordneten Gesichtspunkten und aufgrund



**Links: Blick in den Funkbrückenwagen (VW-Bus) eines Katastrophen-Fernmeldezuges.**

**Darunter: Von dieser Stelle aus wurde der Führungsfunkverkehr überwacht und geleitet.**

**Unten: Teilansicht der Ausweichbefehlsstelle des Regierungspräsidenten Arnsberg in Winterberg. Im Vordergrund der Befehlsstellenomnibus.**

**Von Übungen in der Art und im Ausmaß der Rahmenübung „Brilon“ erwartet man u. a., daß möglichst allen Beteiligten verwertbare Erkenntnisse und Erfahrungen für die alltägliche Praxis vermittelt werden.**



weiträumigerer Planungen erarbeitet sein. Ohne Zweifel würden dabei die Zuständigkeiten der Kreise berührt. Daraus kann sich nur ergeben, daß den Kreisen die Aufgabe zufallen wird, bei der Erstellung der Ortsbeschreibungen mitzuwirken, diese zusammenzufassen, nach den eigenen Gesichtspunkten auszuwerten und daraus komplexe „Kreisbeschreibungen“ als Unterlagen für Planung und Führung der Kat.-S-Dienste im Sinne des erweiterten Kat.-Schutzes zu erstellen. Ich könnte mir vorstellen, daß die Kreise Brilon, Wittgenstein und Meschede aufgrund der gewonnenen Anregungen und Erfahrungen sicherlich schon bald mit der Überarbeitung und Ergänzung ihrer Planungsunterlagen beginnen und diese zu Kreisbeschreibungen als Grundlage ihrer K-Abwehrpläne zusammenfassen werden.

Schiedsrichter und Kritiker, die sich soldatischer Tugenden und taktischer Erfahrungen aus ihrem Truppendienst erinnern, möchten diese gern auch in Katastrophenschutzübungen wiederfinden. Es hat sich so die Auffassung verbreitet, daß für das Ge-

lingen und den Erfolg einer solchen Übung die gleichen Voraussetzungen und Regeln maßgebend seien wie für eine militärische Übung: Die Anlage der Übung müsse schon die berechneten Ziele und Ergebnisse erkennen lassen. Der vorher in allen Einheiten festgelegte Verlauf sei durch geschickte Einwirkungen eines perfekt organisierten Leitungs- und Schiedsrichterdienstes peinlich genau einzuhalten. „Pannen“, sofern solche überhaupt auftreten können, sei durch geeignete Manipulationen vorzubeugen. Durch mehr oder weniger vorausgeplante „Einlagen“ solle im übrigen ein wirklichkeitsnahes Bild entstehen. Alle Vorgänge und die entsprechenden Maßnahmen seien als Gedankenstütze für das Leitungs- und Schiedsrichterpersonal in zeitlicher Folge in einem „Drehbuch“ aufzuzeichnen, nach dem die Übung wie ein „Film“ abzurollen habe.

Dieses „Rezept“ hat sicherlich viele Vorteile. Nimmt man es aber grundsätzlich als Maßstab, müßte sich die Rahmenübung „Brilon“ dagegen wie ein Abenteuer ausge-

nommen haben. Verlauf und Ergebnis dieser Übung mit jeweils 8 Führungsstellen bzw. Einsatzstäben, 8 voll übenden FM-Einheiten und 26 durch ihre Führungsgruppen dargestellten Rahmeneinheiten haben aber eindeutig das Gegenteil bewiesen.

Ist also die „orthodoxe“ Auffassung von der Anlage und Durchführung einer Übung auch der Maßstab für die Kat.-S-Dienste? Wie ist diese Auffassung entstanden und wodurch wäre sie begründet? Worin liegt dagegen der Ausbildungseffekt einer Kat.-S-Einsatzübung und woran ist er erkennbar?

Ich habe mir natürlich diese und ähnliche Fragen auch schon selbst gestellt und sie mit meinen Mitarbeitern diskutiert, bevor ich an meine Aufgabe heranging. Da die „unorthodoxe“ Lösung hin und wieder in Diskussionen und in den Abschlußbesprechungen Anlaß zu Kritik und Mißverständnissen gegeben hatte, erscheint es mir zweckmäßig, die Probleme hier nochmals aufzugreifen und dazu Stellung zu nehmen. Wie schon angedeutet, kommen viele der

verantwortlichen Organisatoren, Führungskräfte und vor allem der maßgeblichen Ausbildungskräfte in den Kat.-S-Diensten aus dem militärischen Bereich oder haben dort irgendwann einmal eine taktische Ausbildung erhalten. (Ich schließe mich nicht aus.) Es ist daher ganz natürlich, daß vieles aus der soldatischen Denkweise, aus den Prinzipien und Gewohnheiten der militärischen Ordnung und vor allem aus den militärischen Ausbildungsunterlagen unbemerkt, und vielleicht ungewollt, in die Kat.-S-Dienste, d. h. im besonderen Maße in den ehemaligen LSHD, übergegangen ist. Das tritt stellenweise ganz besonders deutlich in den LSHD-Dienstvorschriften hervor. Auf die Einzelheiten kann ich hier leider nicht eingehen. So ist es zu erklären, daß im humanitären Bereich immer wieder fast völlig unveränderte militärische Vorstellungen wiederzufinden sind, die vor allem in den Einsatzübungen zur Auswirkung kommen.

In den Übungen der Streitkräfte jeglichen Umfangs kommt es im allgemeinen darauf an, ein räumlich oder materiell festgelegtes Kampfziel zu erreichen, das der Kampfkraft z. B. der dazu eingesetzten Einheit angemessen ist. Die Kunst der taktischen Füh-

rung besteht u. a. darin – abgesehen von der überzeugenden und beispielhaften Kraft der führenden Persönlichkeiten –, Wagnis und Risiko möglichst genau abzuschätzen, Wirkung und Bedarf der eigenen Kräfte vorzuberechnen, dementsprechend alle Erfordernisse und Maßnahmen, oft als wesentlichen Bestandteil des Kampfauftrages, zeitlich und räumlich möglichst bis ins Detail festzulegen, um dadurch die Erfüllung des Auftrages sicherzustellen.

Das Ausbildungsziel militärischer Einsatzübungen muß folglich u. a. darauf ausgerichtet sein, Führung und eingesetzte Kräfte an die strikte Einhaltung des gegebenen

**Einsatzbesprechung mit dem Vertreter des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen, Min.-Rat Dr. Stange (rechts), im Befehlsstellenomnibus des Regierungspräsidenten von Arnsberg. Darunter: Die Lagekarte mit den taktischen Zeichen.**



Befehls, d. h. des vorausberechneten und festgelegten Planes zur Auftragserfüllung zu gewöhnen. Es kommt darauf an, „das Gesetz des Handelns“ für sich zu bewahren.

Beim Einsatz der Kat.-S-Dienste und somit auch bei der Anlage und Durchführung der Kat.-S-Übungen muß man von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen. Eine Katastrophe ist ungeachtet ihrer Ursachen ein spontanes Ereignis, das in seinen Auswirkungen sowie in seinen unmittelbaren und weiteren Folgen nicht vorausberechenbar und daher auch nicht beeinflussbar ist. Ihre plötzlichen, vielfältigen Vernichtungskräfte überwinden alle menschliche Voraussicht und vorsorgliche Abwehr, so daß der Mensch ihnen schicksalhaft unterliegt. Das „blinde Walten“ der Katastrophe mit allen Konsequenzen zwingt dem Menschen sein „Gesetz des Handelns“ auf. Dagegen gibt es nur eine Formel: Überleben!

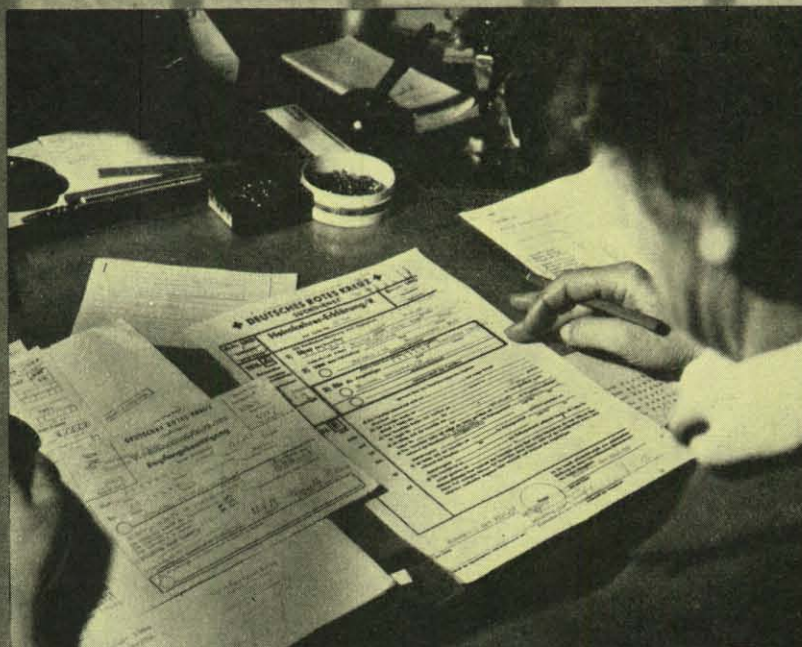
Daraus begründet sich in erster Linie die Erkenntnis, die leider schon so oft zur Erfahrung wurde, daß der Umfang und das Ausmaß der Katastrophenschäden, insbesondere der Personenschäden, im allgemeinen das gegenwärtig verfügbare Rettungs- und Hilfspotential im Schadensgebiet bei weitem übersteigen. Genau hier, im Gegensatz dazu, liegt übrigens die Abgrenzung zum friedensmäßigen Hilfs- und Rettungsdienst und bis zu einem gewissen Grade auch zum Einsatz im Rahmen der „üblichen“ Katastrophen im Frieden.

Vielleicht liegt darin überhaupt auch der einzige Unterschied zwischen der „friedensmäßigen“ Katastrophe und der Katastrophe im V-Fall. Die im Schadensgebiet eingesetzten Kat.-S-Dienste haben zur Erfüllung ihrer Soforthilfe-Aufgaben in der Regel in materieller und personeller Hinsicht zunächst nur „unangemessene“ Kräfte zur Verfügung. Der Auftrag der Führungskräfte und Helfer enthält unausgesprochen die Forderung, mit den vorhandenen Kräften durch Einsatz an Schwerpunkten möglichst vielen Menschen das Leben zu erhalten bzw. Hilfe zu leisten. Das Risiko des Einsatzes – abgesehen von dem persönlichen Risiko des Helfers – liegt dabei vor allem in dem Zwang zur Entscheidung, der von der Erkenntnis ausgeht, nicht allen helfen zu können, aber möglichst vielen helfen zu müssen. Die Kunst der Führung im Katastrophenschutz besteht in der verhältnismäßigen Anpassung der Kräfte an die erkennbaren Erfordernisse zur Rettung und Hilfeleistung immer in dem Bewußtsein, mit einem „Minimum“ an Kräften und Mitteln ein „Maximum“ an unmittelbarer Hilfeleistung erwirken zu müssen. Führen im Katastrophenschutz heißt daher improvisieren, und je umfassender die Verantwortung und die Befugnisse der Führenden, um so mehr müssen sich ihre Funktionen im Einsatz hinsichtlich der Formen und der Mittel dem modernen „Management“ anpassen.

Fortsetzung folgt

# GESUCHT WIRD...!

Der Suchdienst bei Katastrophen  
und Konflikten



von Albert Butz

Konflikte und Katastrophen sind nicht alltäglich. Sie können aber jederzeit und in allen Teilen der Welt eintreten. Beispiele hierfür sind

- die kriegerischen Auseinandersetzungen in Korea, Vietnam, in Israel und den arabischen Staaten sowie die Kuba-Krise und die russische Intervention in der CSSR,
- die vielen im Jahre 1970 zu verzeichnenden schweren Katastrophen mit mehr als 1 Million Toten, Vermißten, Verschollenen und nicht identifizierten Personen. Allein die unzulänglichen, langsamen und

nicht koordinierten Katastrophenhilfen für die ca. 74 000 Erdbebenopfer in der Türkei, Peru, Ecuador, für die ca. 900 000 Menschenopfer bei den Flutkatastrophen in Ostpakistan, Rumänien, Kolumbien, auf den Philippinen sowie für die von Lawinen- und Brandkatastrophen betroffenen 330 Menschen in Frankreich und in der Schweiz reichen der Welt nicht zur Ehre. Es ist notwendig, für den Konfliktfall und im Rahmen weltweiter Katastrophenvorsorge im nationalen Bereich und auf internationaler Ebene ein Schutz- und Rettungssystem anzulegen,

dem sich alle Staaten verpflichtet fühlen und in dem auch der Suchdienst einen vorrangigen Platz hat.

Schnelle und wirksame Hilfeleistungen brauchen Menschen in Not immer und in vielfältiger Weise. Der Suchdienst, seine Träger und Einrichtungen tragen wesentlich dazu bei, die Schicksale und Sorgen der Mitmenschen zu lindern oder zu vermeiden. Bei Katastrophen und Konflikten ist es besonders notwendig, sich um Verbleib und Schicksal der Menschen und ihrer Familien zu kümmern. Der Suchdienst, der sich mit

# Diese Kinder suchen ihre Eltern



Der Kindersuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes hat die Bilder von 20 Mädeln und 20 Jungen der ersten Generation zusammen mit 20 Eltern-Kindern zusammengefasst, um sie heute mit anderen Kindern, die durch den Krieg vertrieben wurden, zu einem Tag zusammen zu bringen und sie mit einander zu verbinden und andere Angehörige zu finden.

Man soll sich, wenn man sich mit Hilfe dieses Kindersuchdienstes in Verbindung setzen möchte, an den Kindersuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wenden. Man soll sich, wenn man sich mit Hilfe dieses Kindersuchdienstes in Verbindung setzen möchte, an den Kindersuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wenden.



Auch wissenschaftliche Methoden wie Fotostellung unserer Blaupausen nach dem CMB-System, ethnologische, kriegsärztliche und anthropologische Untersuchungen werden zu Hilfe genommen, um die Eltern zu finden.

Man soll sich, wenn man sich mit Hilfe dieses Kindersuchdienstes in Verbindung setzen möchte, an den Kindersuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wenden.



BILDFOLGE  
**26**

ABT. KINDERSUCHDIENST HAMBURG-OSDORF, BLOMKAMP 51

Die umfangreiche Kartei des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes enthält Tausende ausgefüllter Fragebogen von Heimkehrern und unzählige Bildfolgen von

gesuchten Personen. Ein großer Stab freiwilliger Mitarbeiter und ehrenamtlicher Helferinnen nehmen Anfragen entgegen und erteilen Auskünfte.

dieser Aufgabe befaßt, ist ein Akt der Menschlichkeit und braucht, um wirksam zu werden, ein international einheitliches Konzept, die Mitarbeit vieler freiwilliger Helferinnen und Helfer und die Unterstützung des Staates.

Der Suchdienst hat seine Grundlage und seine weltweite Bedeutung in den Genfer Konventionen. Es sind internationale Regelungen (Gesetze) zur Verbesserung des Loses und zur Sicherung von Rechten in Not geratener Menschen, und zwar der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Feld und der Verwundeten, Kranken und

Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See; sie befassen sich außerdem mit der Behandlung der Kriegsgefangenen und mit dem Schutz von Zivilpersonen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist am 3. 9. 1954 den vier Genfer Rot-Kreuz-Abkommen beigetreten. Die nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften können im Sinne des internationalen Komitees vom Roten Kreuz nur anerkannt arbeiten, wenn sie neben zahlreichen anderen Voraussetzungen auch bereit sind, sich im Frieden auf dem Gebiet humanitärer Hilfsmaßnahmen auf den Dienst in einem Konfliktfall vorzubereiten.

Die Bundesrepublik Deutschland als Signatarstaat der Genfer Konventionen ist mit dem Deutschen Roten Kreuz gehalten, in ausreichender Weise sich den Hilfs-, Rettungs- und Suchmaßnahmen zu widmen, die einen Schutz der Bevölkerung vor gewissen Kriegsfolgen und vor den Folgen technischer und Naturkatastrophen bieten.

Im Artikel 122 der III. Genfer Konvention und im Artikel 136 der IV. Genfer Konvention wird bei Ausbruch eines Konflikts und in allen Fällen einer Besetzung von allen beteiligten Parteien die Einrichtung eines amtlichen Auskunftsbüros (AAB) gefordert. Diese AAB richten örtliche Hilfsstellen ein, in denen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig werden.

Die Hauptaufgaben der AAB sind:

- Forschen nach denjenigen, die vermißt werden,
- Hilfen, daß diejenigen, die durch eine Katastrophe oder durch einen Konflikt voneinander getrennt sind, wieder Kontakt zueinander finden und zusammengeführt werden können,
- Sicherung, daß denjenigen, die unter dem Schutz der Genfer Abkommen stehen, ihre Rechte zuteil werden.

Die Registrierung des Suchdienstes unterscheidet folgende drei Schicksalsgruppen:

- die einheimische Bevölkerung,
- die ausländischen Kriegsgefangenen,
- die geschützten Zivilpersonen.

Die Registrierung ist eine „Erste Hilfe“ für Menschen in Not, die parallel mit den Betreuungsaufgaben der Sozial- und Gesundheitsdienste läuft.

Das Deutsche Rote Kreuz ist durch die Bundesrepublik Deutschland am 8. 9. 1966 beauftragt worden, eine internationale Auskunftsstelle (AAB) im Sinne der Genfer Konventionen zu planen und vorzubereiten. Das Deutsche Rote Kreuz hat im Rahmen der bereits in Friedenszeiten zu treffenden technischen Maßnahmen ein Registrierungsverfahren ausgearbeitet, das sich bewährt hat und mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern auch für Katastrophen im Frieden bindend vereinbart worden ist. Es ist notwendig, diese Vereinbarung auch mit allen anderen Ländern für Katastrophen und einen Verteidigungsfall zu vereinbaren. Auch sollten sich die übrigen Hilfsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Bundesverband für den Selbstschutz usw.) dem Registrierungsverfahren anschließen, weil durch ein einheitliches Auskunftssystem den Familien erspart wird, bei mehreren Stellen Suchanträge abgeben zu müssen. Auch die Behörden sowie die Aufnahmelager haben sich dem einheitlichen System anzuschließen, denn



durch die Registrierungsunterlagen fallen suchdienstliche Unterlagen an, die auch für behördliche sowie für sozial- und sanitätsdienstliche Maßnahmen ausgewertet werden können. In den Registrierungsmustern sind die Rot-Kreuz-Zeichen eingedruckt. Sie sind als Schutzzeichen im Sinne der Genfer Abkommen zu werten.

Das Deutsche Rote Kreuz hat eine Fibel (Suchdienst bei Katastrophen und Konflikten) herausgebracht, worin nachzulesen ist, wer was und wie zu tun hat. Katastrophen im Sinne dieser Katastrophenschutzvorschriften können sowohl Naturkatastrophen sein, z. B. Sturmfluten, Hochwasser, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche, Bergstürze, Erdbeben, Lawinenunglücke, Epidemien, oder technische Katastrophen, wie Großbrände, Dammbürche, Flugzeugabstürze, Schiffsuntergänge, Massenkarambolagen, Eisenbahnunglücke, Verstrahlungen und Vergiftungen, z. B. durch Fehlleistungen von Reaktoren usw. Die größtmögliche Katastrophe, verursacht von Menschen, ist der Konflikt, die kriegerische Auseinandersetzung.

Katastrophen können weitere Katastrophen auslösen, z. B. Erdbeben können Epidemien nach sich ziehen und Sturmfluten können Dammbürche und Hochwasser bringen. Konflikte können auf andere Staaten übergreifen, z. B. Vietnam – Kambodscha. Als Grundsätze des Suchdienstes stellt das Deutsche Rote Kreuz heraus:

- die schnelle und vollständige Erfassung der Betroffenen,
- die genauen und vollständigen Angaben zur Person,
- die Maßnahmen für besonders schutzbedürftige Personengruppen, wie Kinder, Alte, Kranke, Verletzte, Verwundete.

Die Ziele sind die Erkennung, Auskunftserteilung, Findung von Menschen, die Zusammenführung der Familien und die Sicherstellung von Rechten aller Betroffenen. Der Suchdienst bringt Hilfen, er erfordert aber auch gleichzeitig Hilfsbereitschaft. Hilfen können nicht erst im Bedarfsfall spontan eingesetzt werden. Sie würden Stückwerk bleiben, wenn sie nicht optimal und planmäßig vorbereitet worden sind. Hilfsbereitschaft setzt Kenntnisse und Fähigkeiten voraus, das Richtige ausreichend und zeitgerecht auch in Zeiten unter erschwerten Lebensbedingungen zu tun. Der Suchdienst ist dann besonders wirkungsvoll, wenn er auf das Unerwünschte vorbereitet ist, also auf Notzeiten, die wir alle vermeiden wollen. Die erschreckend häufig ungeklärten Schicksale der letztjährigen Katastrophen wären sicherlich in diesem Umfang nicht möglich gewesen, hätten wir in der ganzen Welt rechtzeitig und einheitlich Vorbereitungen für die Erfassung und Betreuung der Vermißten, Verschollenen, Evakuierten

und Flüchtlinge sowie Gefangenen getroffen.

Das Internationale Rote Kreuz erstrebt deshalb für den Suchdienst eine Solidarität aller Staaten an. Die Beschlüsse der Rot-Kreuz-Konferenzen, an denen stimmberechtigt die Vertreter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, der Liga der Internationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften und der Regierungen der Unterzeichnerstaaten der Genfer Abkommen sich verpflichtet haben, den Suchdienst nach international gültigen Maßstäben einzurichten, haben sich auf den Konferenzen in Toronto

## Mit RAT und TAT im Katastrophenschutz

## Bundesverband für den Selbstschutz

1952 und Neu-Delhi 1957 zu suchdienstlichen Aufgaben der Nachkriegszeit verständig und sie wesentlich verbessert.

### Beispiele:

- a) Gemäß Artikel 122 des III. Genfer Abkommens ist bei Ausbruch eines Konfliktes und in allen Fällen einer Besetzung jede beteiligte Partei verpflichtet, ein amtliches Auskunftsbüro für die in ihrer Hand befindlichen Gefangenen einzurichten. Das gleiche gilt für die neutralen oder nicht kriegführenden Mächte für solche Personen, die sie in ihre Gebiete aufgenommen haben. Jeder am Konflikt Beteiligte hat in möglichst kurzer Zeit Auskünfte über jede nach Artikel 4 aufgeführte Person, die sich in ihrem Gewahrsam befindet, zu erteilen. Die Familien sollen schnell erfahren, daß die Angehörigen in Gefangenschaft sind. Gefangene und Zivilinternierte sollen schnell etwas von ihrer Familie hören.
- b) Die Gewahrsamsmächte werden durch das Meldeverfahren gezwungen, gegenüber dem IRK als neutrale Stelle zu dokumentieren, daß sie die volle Verantwortung für einen Gefangenen oder Zivilinternierten übernommen haben. Auf diese Weise sol-

len Gefangene oder Internierte vor Willkürakten geschützt werden. Kriegsgefangene sind sofort zu melden, geschützte Personen im Falle der Internierung sofort, sonst erst, wenn sie länger als zwei Wochen festgehalten werden.

c) Im Falle einer Besetzung des Landes kann die Rot-Kreuz-Gesellschaft alle Tätigkeiten fortsetzen, die aufgrund internationaler Vereinbarung im Suchdienst erforderlich sind. Hierzu gehören

- die Hilfen für die eigenen Kriegsgefangenen in fremder Hand,
- die Einrichtung von Schutzzonen,
- die besonderen Erkennungshilfen für Kinder,
- die Sicherstellung des Familienschriftwechsels,
- die Nachforschung nach dem Verbleib getrennter Familien,
- die Familienzusammenführung.

System und Beispiele der Suchdienstarbeit zeigen, daß die Planungen des Suchdienstes für eine, wenn auch nicht genau vor-ausberechenbare Zukunft notwendig sind. Es ist eine vorbeugende Planung, um quälende Ungewißheit, Angst und Betroffenheit aufzuklären und zu beseitigen. Wir wären verantwortungslos, wollten wir die Versäumnisse nach den Katastrophen der letzten Jahre und nach den beiden Weltkriegen übersehen und wollten wir nicht daraus Lehren ziehen. Für den Suchdienst heißt dies, der Not zu wehren, wenn sie den Menschen bedroht, und die Not zu lindern, wenn sie unausbleiblich bereits eingetreten ist. Noch heute, 25 Jahre nach dem Kriege, stehen 2 Millionen Suchanträge für vermißte, verschollene und nicht identifizierte Personen des letzten Weltkrieges offen. Auch das Übersiedeln von Deutschen (die geschätzte Zahl liegt bei 500 000) aus den ehemals deutschen Ostgebieten und Polen aufgrund des am 7. Dezember 1970 abgeschlossenen deutsch-polnischen Vertrags, der in weitem Maße der Familienzusammenführung dient, ist eng mit den jahrelangen Bemühungen des Suchdienstes verknüpft. Das soll Mahnung und Verständnis zugleich sein, die Arbeit des Internationalen Roten Kreuzes und der Nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften zu unterstützen, und zwar ideell und materiell, insbesondere durch eine freiwillige Mitarbeit bei den örtlichen Suchdienststellen.

Der Suchdienst gehört zur Daseinsvorsorge. Daseinsvorsorge ist eine permanente gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Daseinsvorsorge für Menschen in Not ist die Konsequenz unserer rechtsstaatlichen Grundordnung und ein legitimer Bestandteil unserer freiheitlichen Lebensauffassung für ein Dasein in Sicherheit und Frieden. Darum: Helft helfen!

# »DER BLANKE HANS«

Hochwasser und Flutkatastrophen an den Meeresküsten – Ursachen, Entstehung, Ausmaß, Folgen und Bekämpfungsmaßnahmen



Von Dipl.-Ing. Wolfram Such

## II. Teil

### Der Gegenangriff des Menschen

Sturmfluten waren Jahrtausende hindurch die Geißel der Küstenbewohner. Etwa am Ende des 15. Jahrhunderts hatte die Nordsee ihre größte Ausdehnung erreicht. Der Mensch lernte, bessere Deiche zu bauen, höhere Wurtten anzulegen und festere Häuser zu errichten. Er begann jedoch vor allem, das Meer zurückzudrängen, ihm Teile des überfluteten Landes wieder zu entreißen und in von Deichen umgebenden Poldern den neu gewonnenen Boden zu bestellen.

### Küstensenkung und Wasserspiegelanstieg

Das starke Vordringen des Meeres nach dem Abklingen der Eiszeit findet seine Erklärung einmal in der Änderung des Klimas, zum anderen aber auch in großräumigen Landsenkungen, die gleichzeitig an anderer Stelle von Landhebungen begleitet waren. Aufzeichnungen extremer Sturmflutwasserstände an Hafenufern und den Fluten ausgesetzten Bauwerken sind erst etwa seit dem 16. Jahrhundert überliefert. Daraus ist ein Anstieg der höchsten Sturmflutwasserstände unverkennbar.

Die Mittelwerte der in den letzten 160 Jahren in Hamburg und Cuxhaven gemessenen Tidehochwasserstände sind festgehalten worden.

Sie zeigen deutlich eine steigende Tendenz, in Cuxhaven ein gleichmäßiges Anwachsen um ca. 24 cm im Jahrhundert \*) 10. Der Vergleich der Meßergebnisse in Hamburg ergibt bis etwa zum Jahre 1885 einen gleichmäßigen Anstieg um rd. 12 cm je Jahrhundert, also halb so schnell wie in Cuxhaven. Von 1885 bis 1937 sind die mittleren Tidehochwasserwerte nahezu konstant, ab 1937 steigen die Werte jedoch bis zu 6 cm innerhalb von 10 Jahren an. Man bezeichnet diesen Vorgang als „säkulare Wasserstandserhebung“.

Genauere Vermessungen an anderer Stelle lassen dagegen auf ein Absinken des Festlandes im Vergleich zu einem mehr oder

weniger konstanten Wasserspiegel in der Nordsee schließen. Um nähere Aufschlüsse hierüber zu erhalten, sind Festpunkte im Küstengebiet mit genau eingemessenen Fixpunkten im Teutoburger Wald, einem Urgebirge, dessen Oberfläche als unveränderlich angenommen werden kann, in ihrer gegenseitigen Höhenveränderung zwischen 1928/31 und 1949/59 verglichen worden. Obwohl die Messungen mit einer hohen Genauigkeit durchgeführt worden sind, haben sie keinen Anhalt für das Absinken des Landes in Meeresnähe gegeben. Hierzu muß man jedoch bemerken, daß es sich im Vergleich zur langen Entwicklungsgeschichte unserer Erde um einen winzigen Zeitabschnitt handelt, der bestimmt keine Rückschlüsse auf langfristige Veränderungen des Küstenlandes zuläßt.

Ob eine Wasserspiegelerhöhung oder die Senkung der Küste die Ursache der geschilderten Erscheinungen bildet, ist letztlich nicht von wesentlicher Bedeutung. Wichtig für die Planung und Durchführung von Küstenschutzmaßnahmen ist in erster Linie, daß man bei der Bemessung von Bauwerken künftig einen Betrag von 25 bis 30 cm im Jahrhundert berücksichtigen muß.

### Die Sturmflut des Jahres 1953 in Holland

Auch der Mensch des 20. Jahrhunderts bleibt von Sturmfluten und ihren furchtbaren Folgen nicht verschont. Die Ereignisse des Jahres 1953 in den Niederlanden und des Jahres 1962 an der norddeutschen Küste haben dieses in grausamer Deutlichkeit bestätigt. Jedoch werden die Mittel und Methoden wirksamer, um dem Hochwasser und seinem Wirken zu begegnen. Allerdings ist unser Leben auch komplizierter und deshalb angreifbarer geworden!

Wie der Mensch Wissenschaft und Technik in den Dienst des Schutzes vor Sturmflutgefahren stellt, wollen wir uns zunächst am Beispiel der Niederlande vergegenwärtigen, dessen Territorium heute etwa zur Hälfte und teilweise sogar bis zu 6 m unter dem Meeresspiegel liegt. Die Geschichte des Landes wird geprägt vom Kampf gegen Meer und Wasser. Seit Jahrhunderten haben

die Bewohner dem Meer Land abgerungen und vor dessen ständigem Ansturm geschützt.

### Das Zuiderseeeprojekt

Einen Höhepunkt dieses Ringens stellt der Bau des zweiunddreißig Kilometer langen Abschlußdammes (Abb. 9) in den Jahren 1923 bis 1932 dar, mit dem die Zuidersee vom Meer abgetrennt wurde. Aus dem entstandenen Binnensee, dem IJssel-Meer, wurde das Wasser in das Meer gepumpt und damit der Binnensee Schritt für Schritt trockengelegt. Inzwischen sind im Gebiet der ehemaligen Zuidersee nacheinander vier große Polder entstanden, nach einem einheitlichen Plan erschlossene blühende Siedlungsgebiete mit fruchtbarem Ackerland, neue Heimat für viele Holländer.

Neben der Gewinnung von Acker- und Siedlungsland aus dem Meer erfüllt der Abschlußdamm weitere Aufgaben von nicht geringer Tragweite.

An die Stelle von mehr als 400 km alter Deichstrecke, um deren Bestand die dahinter Schutz suchenden Bewohner bei jeder Sturmflut bangen mußten, trat ein 32 km langer moderner Deich, ein Wunder der Technik. Das Zuiderseeeprojekt zeigt aber ferner, daß neben sturmflutgeschütztem Land auch Wasserflächen lebenswichtig sind.

Sie bilden als Süßwasserspeicher von mehreren Milliarden Kubikmetern Inhalt, angelegt in den sandigen, deshalb unfruchtbaren Gebieten der ehemaligen Zuidersee und gespeist von den Flüssen IJssel und Niederrhein, ein Bollwerk gegen das unterirdische Eindringen von Meerwasser in das Binnenland. Sie verhindern damit eine Versalzung des Bodens, den Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge und bilden darüberhinaus ein Reservoir für die Gewinnung von lebensnotwendigem Trinkwasser für die Bevölkerung sowie von Betriebswasser für die neuen Industrien und die landwirtschaftliche Bewässerung.

In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1953 brach die von einem Nordweststurm aufgepeitschte See in bisher unvorstellbarer Höhe nach West- und Südholland ein, 10% der gesamten Niederlande wurden ein Raub der Fluten. 1835 Menschen, darunter fast ein Viertel Kinder unter 14 Jahren, wurden teilweise im Schlaf vom nassen Tod ereilt. Der materielle Schaden, einschließlich des Ausfalls von Ernten, dem ertrunkenen Vieh und der Kosten für die Wiederherstellung der zerstörten Deiche, Städte und Dörfer, wurde auf 1,5 Milliarden Gulden geschätzt. Mehr als 100 000 Personen mußten Haus und Hof verlassen und konnten erst nach Monaten zurückkehren. 3810 Wohnhäuser und 450 Bauernhöfe wurden vollkommen zerstört; 21 590 Häuser und 2380 Bauernhöfe beschädigt. Nie zuvor hatte das Meer hier in einem solchen Umfange Schäden angerichtet. Der Schwerpunkt der Katastrophe lag im Gebiet der süd-holländischen und seeländischen Inseln zwischen den Flüssen Waal, Maas und Schelde (siehe dazu Abbildung 10).

### Das Deltaprojekt

Wiederum gab eine Sturmflutkatastrophe den Anstoß zur Realisierung eines noch gewaltigeren Unternehmens. Im Jahre 1957 beschloß die zweite Kammer des Parlamentes der Niederlande die Ausführung des sogenannten Delta-Projektes. Es sieht – betrachten Sie hierzu Abbildung 11 – den Abschluß der vier großen Meeresarme im Mündungsgebiet der Flüsse Lek, Waal, Maas und Schelde vor.

Die Mündung der Westerschelde bleibt offen, um den ungehinderten Schifffahrtsbetrieb nach Antwerpen, dem Haupthafen Belgiens, sicherzustellen. Das Gleiche gilt für die Wasserwegverbindung zum größten holländischen Hafen Rotterdam. Durch Errichtung sog. Sturmflutsperrwerke, die bei hohen Flußwasserständen geschlossen werden, wird das Meer jedoch am weiteren Eindringen gehindert (siehe Abb. 12, 13 u. 14). Die nach modernen Methoden errichteten Dämme schaffen eine stark verkürzte, begradigte Deichlinie und treten an die Stelle von rd. 740 km Deichen, die bisher entlang der Meeresarme das Inselland gegen das Meer schützten. Ihre nach den traurigen Erkenntnissen der

Sturmflut von 1953 unaufschiebbare Erhöhung und Verstärkung hätte Kosten in etwa gleicher Höhe verschlungen, wie sie zur Realisierung des Deltaprojektes erforderlich waren, nämlich umgerechnet 2,5 Milliarden DM.

Weiter im Landesinnern angelegte Sekundärdämme unterteilen die entsprechenden Binnenseen und verringern die pendelnde Gezeitenwassermenge, um das Auftreten zu starker Strömungen und den Bestand der Deiche gefährdende Auskolkungen in bestimmten Ausführungsphasen des Delta-Projektes zu verhüten. Sicher ist eine so gewaltige Leistung nur nach einem bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zu verwirklichen. Läuft er doch darauf hinaus, der bisher unumstrittenen Herrschaft der Nordsee bis tief hinein in das Land, dem täglichen Transport gewaltiger Wassermengen, künftig entgegenzuwirken. Die Ausführung des Projektes wird 25 Jahre in Anspruch nehmen, begonnen wurde im Jahre 1953 und planmäßig werden die Arbeiten 1978 abgeschlossen sein.

**Abb. 9: Luftaufnahme vom IJsselmeer-Abschlußdamm, dessen Bau im Jahre 1932 vollendet wurde. Die Länge des Dammes beträgt 32 Kilometer.**

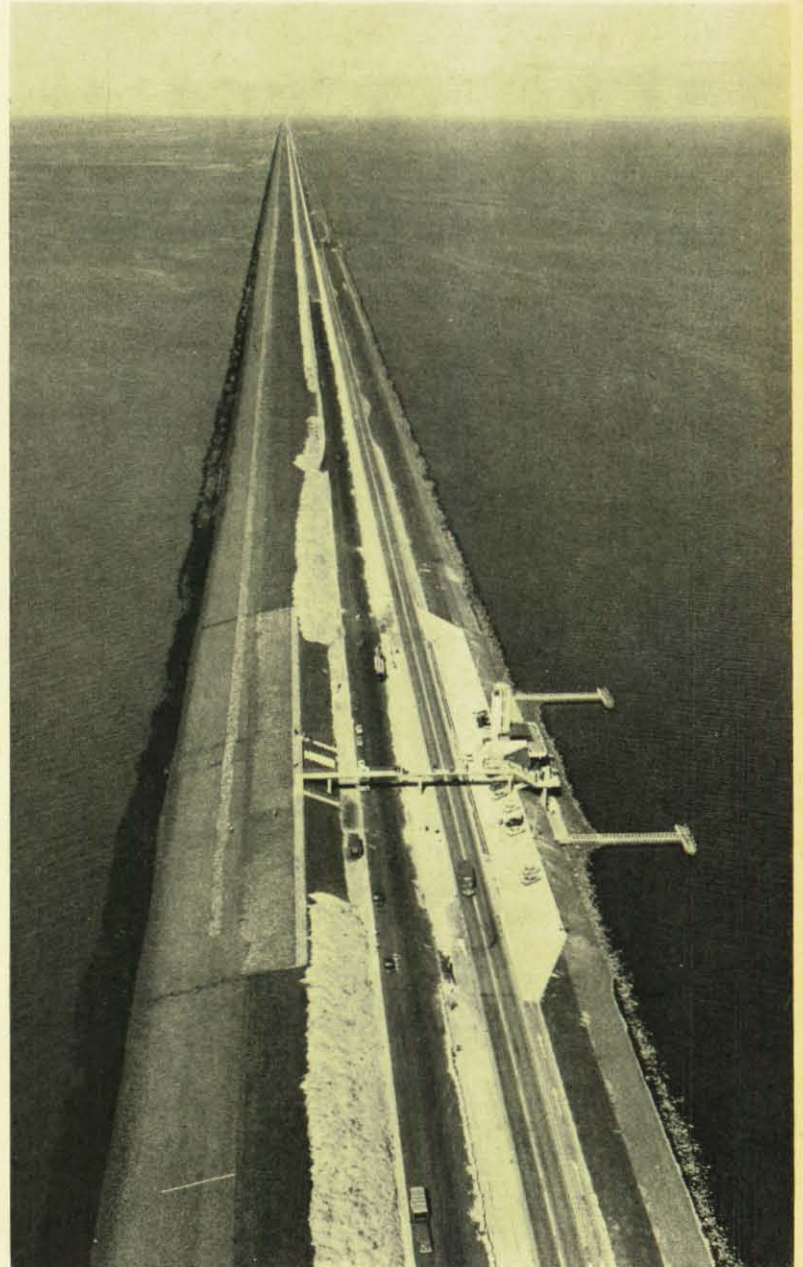


Abb. 9

Und das sind, kurz gesagt, die Ziele, die man mit Vollendung dieses gewaltigen Vorhabens erreichen will:

1. Die vier Abschlußdämme des Delta-Projektes, die künftig Westholland vor dem Ansturm der Nordsee schützen, besitzen eine Gesamtlänge von ca. 30 km. Sie bilden eine neue, stark verkürzte Deichlinie, die an die Stelle der alten Deichverteidigungslinie tritt, die entlang der nunmehr vom Meer abgetrennten Halbinseln verläuft. An die Stelle von vielfach mehrere Jahrhunderte

speicher, in die das Wasser der Ströme Rhein und Maas einmündet. Das Süßwasser verhindert das Eindringen von salzigem Meerwasser. Es findet wie beim Zuiderseeeprojekt Verwendung zur Trinkwasserversorgung der Bevölkerung, ferner zur Betriebswasserversorgung neu anzusiedelnder Industrie- und Gewerbebetriebe und nicht zuletzt zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erträge durch Bewässerung.

3. Die neuen Binnenseen dienen gleichzeitig der Freizeiterholung

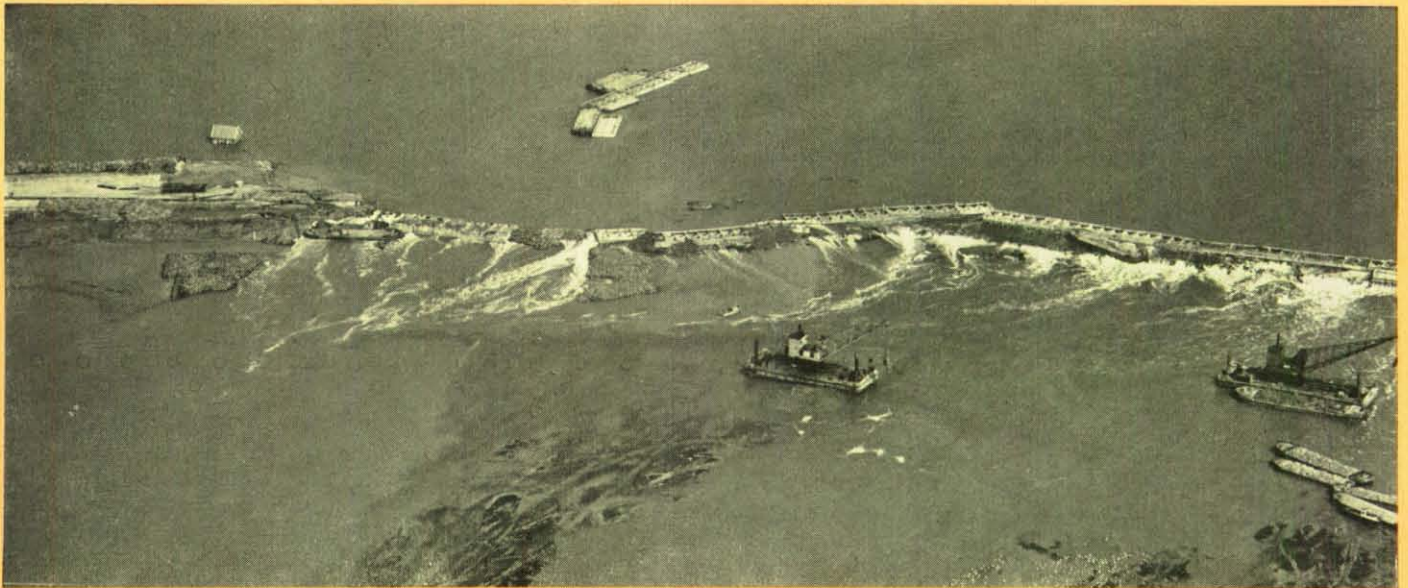


Abb. 10



Abb. 11

alten Deichen, deren Ausbau entsprechend den modernen Erfordernissen, Unterhaltung und Verteidigung bei Sturmfluten nur unter großen Opfern und erheblichen Risiken durchführbar wäre, treten Deiche vor hoher Sicherheit. Die alten Deiche dienen künftig der zusätzlichen Sicherheit bei einem – wenn auch unwahrscheinlichen – Durchbruch an den neuen Deichen. Die ursprüngliche Deichlinie von rd. 1700 km reduziert sich auf etwa 1000 km.

2. Im Schutze der neuen Deiche entstehen große Süßwasser-

**Abb. 10: Bei der Hochwasserkatastrophe in Holland im Jahre 1953 wurden ausgedehnte Deichbrüche u. a. durch eingeschwommene Betonkästen geschlossen. Abb. 12: Luftaufnahme vom Sturmflutsperrwerk in der IJssel. Bei Sturmflutgefahr wird das 12 m hohe und 80 m breite Hubtor geschlossen.**

und dem Wassersport. Ihre Ausstrahlung wird eines Tages sicherlich bis in die Bevölkerungsballungsgebiete an Rhein und Ruhr reichen.

Die Bauwerke des Delta-Projektes werden jedoch neben diesen Hauptzielen eine Vielzahl von weiteren Aufgaben erfüllen: Im nördlichsten Abschlußdamm, dem Haringvliet, sind z. B. insgesamt 17 bewegliche Schleusen eingebaut worden, die dem schnellen Abzug von Wasser und Treibeis dienen, das von den Strömen Rhein (aufgeteilt in Waal, Lek und IJssel) und Maas herangeführt wird (siehe Abb. 15 und 16).

In einzelne Dämme eingebaute Schleusen dienen der Aufrechterhaltung der Schifffahrt. Das gilt besonders auch für die Sekundärdämme. Über die Abschlußdämme verlaufen moderne Autostraßen, die der Erschließung der bisher abseits von den Entwicklungsschwerpunkten gelegenen Gebiete von Süd- und Seeland dienen und diese enger an die Räume Den Haag – Rotterdam – Antwerpen sowie an Rhein – Ruhr binden.

Das Delta-Projekt macht den Wandel im Vergleich zu den früheren Maßnahmen an Hollands Küsten deutlich: Während früher die Landgewinnung etwa gleichrangig neben dem Küstenschutz stand, treten nunmehr neben den Schutz vor Hochwasser und Sturmfluten andere wasserwirtschaftliche Aufgaben, wie die Süßwasserwirtschaft, Wasserspeicherung und Verkehrserschließung, in den Vordergrund.

#### Die Sturmflut vom 16./17. Februar 1962

Die verheerenden Zerstörungen der Sturmflut von 1953 erstreckten sich in erster Linie auf die holländische Küste. Der Einfluß

dieser Flut endete an der Mündung der Ems. Die deutsche Nordseeküste wurde nicht betroffen. Die Ursache hierfür liegt in den meteorologischen Verhältnissen.

Trotzdem war diese Sturmflut der Anlaß zu Untersuchungen über die Sicherheit der Einrichtungen zum Schutz der deutschen Küste. Die hieraus gezogenen Lehren fanden ihren Niederschlag in den sogenannten Küstenprogrammen der Bundesländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg. In ihrem Rahmen



Abb. 12

wurden seit dem Jahre 1955 zuerst die niedrigsten und schwächsten Deiche verstärkt und erhöht. Allein diesen vorsorglichen Arbeiten, die jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren, ist es zu verdanken, daß das Ausmaß der durch die Februar-Sturmflut von 1962 angerichteten Schäden nicht noch größer gewesen ist.

### Meteorologische Ursachen

Die Katastrophe vom 16./17. Februar 1962 wurde durch ein Sturmtief am 12. Februar eingeleitet. Die Stürme aus West bzw. Nordwest mit Orkanböen hatten bereits ungewöhnlich große Wassermengen in die Deutsche Bucht transportiert. Auf diese gestauten Wassermassen traf nun ein neuer Sturm, der über der gesamten Nordsee mit Dauerwindstärken von 12 auf See (höchste Windstärke nach der Beaufort-Windskala) und mittleren Windstärken an der Küste um 9 bis 9½ fast 20 Stunden lang tobte. Der Höhepunkt des Sturmes wurde am Abend des 16. Februar um 22.00 Uhr in der Deutschen Bucht und in Hamburg kurz nach Mitternacht mit einer Spitzenbö von 78 Knoten, das sind rd. 144,5 km/h, erreicht.

Da der Höhepunkt des Sturmes angenähert mit dem Scheitel der Flut zusammentraf, die sich noch dazu mit den bereits hoch aufgestauten Wassermengen überlagerte, traten in großen Küstenabschnitten und besonders auch in den Flußmündungen, die unter dem Einfluß von Ebbe und Flut stehen, niemals vorher erreichte Wasserstände ein.

### Höhe der Flut

Im größten Teil der Deutschen Bucht und bis tief in die Ströme Elbe und Weser hinein sind Wasserstände aufgetreten, die mehr als 120% der bisherigen höchsten Hochwasserstände (Kurzbezeichnung: HHThw) betragen. Von den insgesamt 22 entlang der gesamten deutschen Nordseeküste verteilten Meldepegeln ist bei 16

das bisher bekannte höchste Hochwasser zum Teil erheblich überschritten worden, eine ungewöhnliche Erscheinung!

Das Maximum lag bei Helgoland mit 173%. Lediglich an der unteren Ems, der Weser bei Bremen und an einigen Stellen der Küste von Schleswig-Holstein sind niedrigere Werte gegenüber den früher beobachteten aufgetreten. Die bisher einmalige Fluthöhe am 16./17. 2. 1962 wird auch treffend durch die Abbildung 17 charakterisiert, in der die am Pegel Tönning, einer in Westholstein an der Mündung der Eider gelegenen Kreisstadt, in den Jahren von 1868 bis 1963 jeweils gemessenen höchsten Tidewasserstände eingetragen worden sind. Selbst die bisher bekannte höchste Sturmflut des Jahres 1825 ist von der Februarsturmflut 1962 überschritten worden. Die Darstellung zeigt übrigens, daß außergewöhnlich hohe Wasserstände durchaus nicht häufig sind und daß längere Perioden mit ausgesprochen niedrigem Tidehochwasser vorkommen.

### Beschreibung einer Tidekurve

In Abbildung 18 ist der Verlauf der Tidekurve am 16. und 17. Februar 1962 am Pegel Hamburg-St. Pauli aufgezeichnet worden. Sie zeigt in der unteren Linie zunächst die vorausberechnete Tidekurve, wie sie sich allein nach den astronomischen Bedingungen, der Mondstellung und nach dem Standort des Beobachtungspunktes hätte einstellen müssen. Deutlich setzen sich die zeitlich gegeneinander verschobenen, täglich zweimal auftretenden Kurventäler (Ebbe) und Kurvenberge (Flut) voneinander ab. Der tatsächlich eingetretene Verlauf der Tidekurve liegt in einem erheblichen Abstand darüber und ist auf die Einwirkung des orkanartigen Windes zurückzuführen, der das Wasser in die Elbe hineingetrieben und sein Abfließen weitgehend unterbunden hat. Zum Verständnis sei die Bedeutung der charakteristischen Punkte der Tidekurve und deren Kurzbezeichnung erläutert:



## FRIWO



**Stahl-Akkumulatoren**, betriebssicher, wartungsarm, langlebig, für Notstromanlagen mit Zentralbatterie.






FRIWO-Sicherheitsleuchten mit Einzelbatterie nach VDE 0108 liefern bei Netzausfall automatisch Not- oder Paniklicht bis zu 3 Stunden (Glüh- und Leuchtstofflampen) aus eingebauten, gasdichten und wartungsfreien Nickel-Cadmium-Akkumulatoren.

**FRIEMANN & WOLF GMBH 41 DUISBURG**  
**Postf. 289 · Ruf (02131) 331051 · FS 0855543**  
 Akkumulatoren · Sicherheitsleuchten · Grubenleuchten



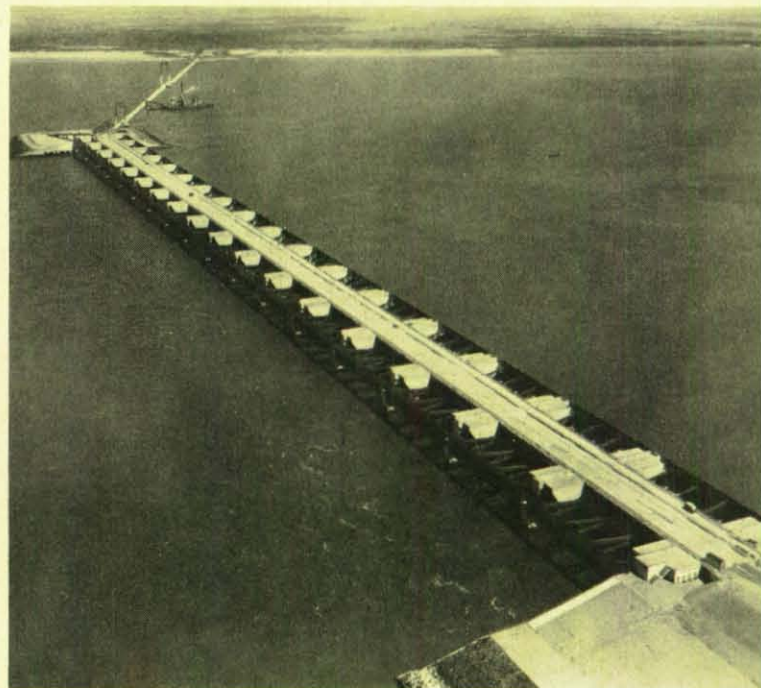
⇄ 186



**Abb. 13:** Luftaufnahme vom Veerschen Gat, einem der vier Abschlußdämme des Delta-Projektes. Das Bild zeigt das Schließen der letzten Dammlücke zwischen den Inseln Nord-Beveland und Walcheren mit einem Senkkasten aus Beton an der tiefsten Stelle mit der stärksten Strömung.

**Abb. 14:** Derselbe Abschlußdamm nach der Fertigstellung.

**Abb. 13**



**Abb. 14**

**Abb. 1**



**Abb. 15:** Luftaufnahme von den 17 Abzugschleusen im Haringflietdamm. Sie dienen zur Abführung von Wasser und Eis an Maas und Rhein.

**Abb. 16:** Verschließen des nördlichen Teils des Haringflietdammes mittels Seilbahn, mit der große Steine und Betonklötze ins Wasser gekippt werden.

**Abb. 16**

Wasserstand	Kurzbezeichnung	Erläuterung
Tidehochwasser	Thw	höchster Wasserstand, der sich bei einer Flut einstellt (Flutscheitel)
Tideniedrigwasser	Tnw	tiefster Wasserstand, der sich während einer Ebbe einstellt
mittleres Tidehochwasser	MThw	Durchschnitt aus allen Tideniedrig- bzw. Tidehochwasserständen innerhalb eines bestimmten Beobachtungszeitraumes, z. B. einer Beobachtungsreihe von 20, 50 oder 100 Jahren; davon abhängig, wie lange ein Pegel schon abgelesen wird. Den Mittelwasserständen kommt große praktische Bedeutung zu: In den Wasserstandsnachrichten von Rundfunk und Presse werden die zu erwartenden Wasserstände zum MThw bzw. MTnw in Vergleich gesetzt, z. B. „... das Thw am Abend des 15. Mai wird voraussichtlich etwa 1 m über dem MThw auftreten...“ Das Ausbaggern der Schifffahrtsrinnen in Flüssen und von Hafenbecken u. a. m. wird auf MTnw bezogen.
mittleres Tideniedrigwasser	MTnw	
niedrigstes Tideniedrigwasser	NTnw NNTnw	Während eines bestimmten Beobachtungszeitraumes aufgetretenes niedrigstes Tideniedrigwasser (NTnw) bzw. bisher überhaupt beobachteter niedrigster Tideniedrigwasserstand (NNTnw – absolutes Minimum)
höchstes Tidehochwasser	HThw HHThw	Während eines bestimmten Beobachtungszeitraumes aufgetretenes höchstes Tidehochwasser (HThw) bzw. bisher überhaupt beobachteter höchster Tidehochwasserstand (HHThw – absolutes Maximum)

Diese Werte – man bezeichnet sie als Wasserstandshauptzahlen – liegen für eine große Zahl von Beobachtungsstationen im Küstenbereich sowie an den Flüssen im Tidegebiet vor und werden laufend auf den neuesten Stand gebracht. Die wichtigeren Pegel sind heute mit selbsttätig aufzeichnenden Schreiberanordnungen ausgerüstet, die lediglich zur Kontrolle und zum Auswechseln der Schreiberrollen aufgesucht zu werden brauchen. Wir setzen die Diskussion der Tidekurve fort (Abbildung 18):

Der absolut höchste bisher beobachtete Wasserstand ist am Pegel St. Pauli am 17. 2. gegen 3.00 Uhr mit 5,70 m NN eingetreten. Er lag damit um 46 cm über dem bisher höchsten Hochwasserstand des Jahres 1825 (5,24 m NN, bezogen auf Amsterdamer Pegel). An vielen Stellen der Hamburger Deiche sind noch höhere Werte eingetreten, was auf die Lage zur Richtung des Sturmes, zum örtlichen Wasseraufstau usw. zurückzuführen ist. Der tatsächliche Flutwasserstand trat somit um rd. 4 m höher ein, als von der astronomischen Gezeitenvorausberechnung vorausgesagt war. Hätte nicht zur Flutzeit der orkanartige Sturm geherrscht, wäre lediglich ein bedeutungsloses Hochwasser von durchschnittlicher Fluthöhe aufgetreten (MThw + 1,70 m NN, siehe Pfeil in Abbildung 18). Die tatsächliche Flut erreichte aber nicht nur eine außergewöhnliche Höhe, sie trat auch rd. 40 Minuten vor dem vorausgerechneten Zeitpunkt ein. Darüber hinaus wurde der bisher bekannte höchste Wasserstand fast 3 1/2 Stunden lang überschritten.

Noch eine weitere, für die Beurteilung des Katastrophenhochwassers wichtige Tatsache läßt sich aus dem Vergleich der vorausgerechneten und der tatsächlichen Tidekurve ablesen: die außerordentliche Verkürzung der Ebbezeit, die der höchsten Tide am

16./17. Februar vorherging (um  $3\frac{3}{4} - 1\frac{3}{4} = 2$  h). Dabei fiel der Wasserstand bei Ebбетiefstand nur geringfügig, nämlich von 4,0 auf 2,80 m NN, also um nur 1,20 m ab und blieb damit sogar mehr als 1,20 m über dem mittleren Hochwasserstand. Nie zuvor war das Wasser beim Tiefstand der Ebbe so hoch gewesen, der herrschende orkanartige Sturm verhinderte sein Abfließen. Die nachfolgende Flut traf auf ein schon hoch aufgestautes Wasserpöster. Hierin liegt letztlich die Ursache für die außergewöhnliche Höhe der Nachtflut vom 16. zum 17. 2. 1962.

### Katastrophale Folgen

Einer solchen Belastung waren im Hamburger Raum sowie in vielen anderen Abschnitten der deutschen Nordseeküste die Deiche nicht gewachsen, und es kam, zum Teil nach längeren Überströmungen großer Deichstrecken, zu schweren Zerstörungen. Allein am Hamburger Deichsystem entstanden 60 Deichbrüche, die Länge der vollständig zerstörten Deiche betrug insgesamt rd. 2,5 km. Darüber hinaus waren die Deiche an vielen Punkten so schwer beschädigt, daß sich bei noch längerem Anhalten des Sturmflutscheitels oder bei einem Überschreiten des eingetretenen Wasserstandes das Ausmaß der Katastrophe noch vervielfacht hätte.

### Noch höhere Fluten möglich

Wenn man bedenkt, daß das Gebiet höchster Windgeschwindigkeiten nicht über der Deutschen Bucht, sondern weiter nördlich in der mittleren Nordsee gelegen hat, wird deutlich, daß die meteorologischen Bedingungen noch nicht die ungünstigsten Verhältnisse hatten entstehen lassen, die an der deutschen Nordseeküste auftreten können. Auch trat die Sturmflut nicht unter den ungünstigsten astronomischen Verhältnissen, nämlich zur Zeit der Springtide auf, bei der sich die Gezeitenkraft von Sonne und Mond summieren. Eine zusätzliche Erhöhung der Wasserstände an den Deichen hätte auch ein gleichzeitiges Hochwasser in den Strömen Elbe, Weser und Ems und der anderen aus dem Binnenland kommenden Flüsse infolge starker Regenfälle und Schneeschmelze verursachen können.

Die Opfer und das Ausmaß der Schäden waren trotzdem furchtbar. Allein im Gebiet des Stadtstaates Hamburg wurden rund 12 500 ha, das sind mehr als ein Sechstel des Staatsgebietes, überflutet; rund 220 Millionen m<sup>3</sup> Wasser strömten durch die zerstörten oder über die zu niedrigen Deiche. In den Fluten ertranken 287 Menschen, 3000 Stück Rindvieh, die gleiche Zahl Schweine. Das Wasser zerstörte allein in Hamburg 5000 Wohnungen, 1000 landwirtschaftliche Betriebe und 2000 Behelfsheime, es vertrieb zunächst 17 500 Menschen. (Aus einer im „Spiegel“ kurz nach der Flut veröffentlichten vorläufigen Schadensübersicht.)

Die Zahl der Menschenopfer war in Hamburg und hier besonders im dichtbevölkerten Stadtteil Wilhelmsburg besonders groß, die meisten Toten waren über 60 Jahre alt. Sie waren zumeist in ihren Häusern und im Bett – die Deiche brachen zwischen 1 und 3 Uhr nachts – von den in die tiefliegenden Gebiete mit furchtbarer Gewalt eindringenden Wassermassen überrascht worden. Viele Bewohner flacher Gebäude wurden bei dem Versuch, sich aus ihren Häusern auf die Straße zu retten, von der Flutwelle erfaßt und ertranken. Häuser in unmittelbarer Nähe der Deichbrüche barsten unter den gurgelnden Fluten. Viele Menschen in den bedrohten Hamburger Stadtteilen nahmen die Warnungen von Rundfunk und Fernsehen nicht ernst oder wußten den Sinn der oft erst kurz vor dem Bruch der Deiche heulenden Sirenen nicht zu deuten.

Die unmittelbare Warnung mittels Lautsprecher durch Polizei, Feuerwehr und Helfer war wegen des vordringenden Wassers häufig nicht mehr möglich. In den von der Sturmflut betroffenen ländlichen Küstengebieten sind verhältnismäßig wenig Menschenleben zu beklagen, hier hat sich noch aus den Erfahrungen früherer Katastrophen jenes unbestimmte Gefühl von der drohenden Gefahr erhalten. Für die städtischen Siedlungsgebiete Hamburgs war symptomatisch der Ausspruch eines unmittelbar beteiligten Experten, der im Zusammenhang mit den durch Rundfunk und Fernsehen verbreiteten Sturmflutwarnungen des Hydrographischen Institutes feststellte: „Unter der Bevölkerung verbindet nur derjenige mit den Zahlen eine Vorstellung, der unmittelbar am Deich

# Die höchsten Tidewasserstände am Pegel Tönning

1868 - 1963

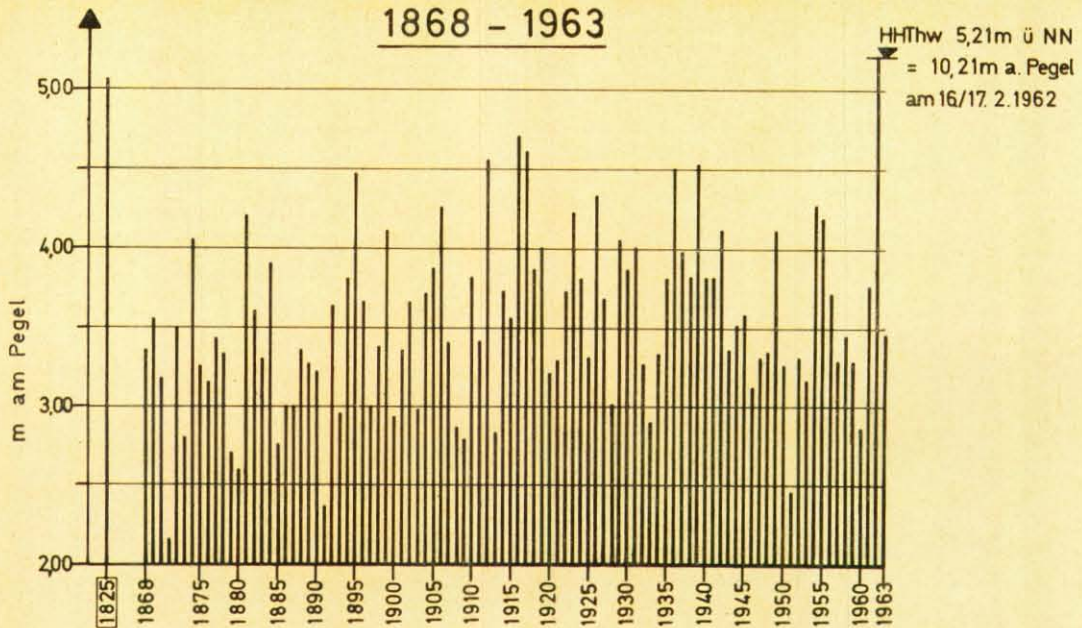


Abb. 17

## Tidekurve für den Pegel Hamburg - St. Pauli am 16./17.2.1962

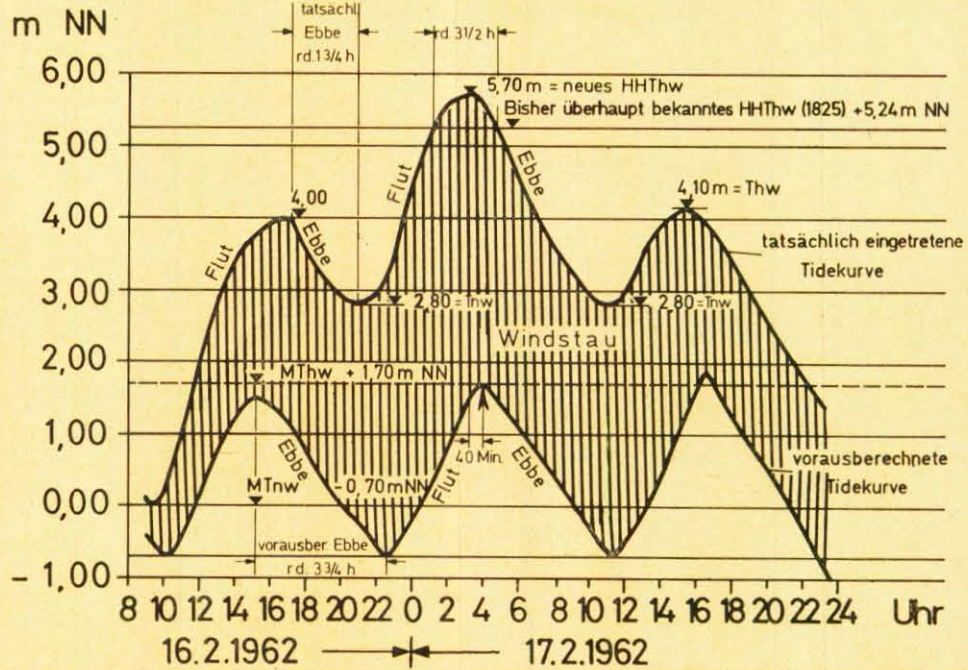


Abb. 18

## Höhe der Küstenschutzdeiche an der Nordseeküste (Beispiel)

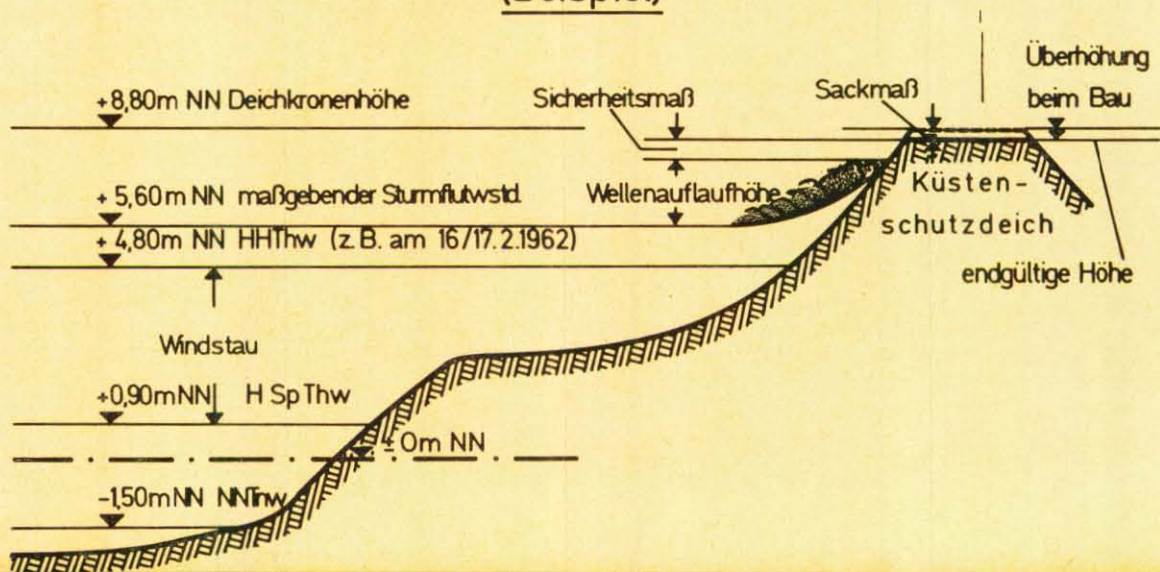


Abb. 19



wohnt. In Wilhelmsburg (gemeint ist der von Hafen, Süder- und Norderelbe eingeschlossene Stadtteil Hamburg-Wilhelmsburg, in dem rd. 50 000 Menschen wohnen und durch den die lebenswichtigen Straßen- und Bahnverbindungen in die Hamburger City, nach Schleswig-Holstein und Skandinavien laufen) weiß niemand, daß er in einem Loch wohnt, das vollaufen kann."

Hieraus wird die Bedeutung einer umfassenden Aufklärung deutlich! Aus verschiedenen Veröffentlichungen und den Erkenntnissen einer Kommission von Fachleuten aus den deutschen Küstenländern läßt sich die folgende – allerdings unvollständige – Übersicht der durch die Februarsturmflut 1962 verursachten Schäden geben\*) 5, 17:

Bundesland	Hauptdeiche Gesamtlänge	Deichbrüche	Schäden an den Deichen, Länge				Überflutete Fläche	Künftige Deichlänge insgesamt		Geschätzte Gesamtkosten	Tote
			schwer	mittel	leicht	keine		km	%		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Niedersachsen	872	61	69	144	114	545	37 000	617	71	880	
Schleswig-Holstein	560		70	80	120	290		290	52	750	
Hamburg	96	60	2,5				12 500	96*)	—	560	283
Bremen	171						6 000	121	71	310	7
Insgesamt:	rd. 1700									rd. 2500	

\*) Bisherige Deichlinie wird um rd. 13,5 km verkürzt, durch Erweiterung des Hochwasserschutzes vergrößert sich jedoch die Länge der neuen Deichlinie gegenüber früher.

### Küstenschutzdeiche

Die Hauptdeiche dienen dem unmittelbaren Schutz des dahinterliegenden Landes vor den Sturmfluten, sie bilden die 1. Deichlinie. Als Seedeiche liegen sie unmittelbar an der Küste, als Strom- und Flußdeiche an den Ufern der unter dem Einfluß der Gezeiten stehenden Ströme Ems, Weser und Elbe sowie den zahlreichen übrigen Flüssen, in welche die Flut einläuft. (Die Tide läuft in die Elbe rd. 150 km bis oberhalb von Hamburg, in die Weser rd. 70 km weit bis Bremen-Hemelingen und in die Ems immerhin rd. 40 km weit ein.) Dazu kommen die sog. Vordeiche, die vorgelagerte Polder, d. h. dem Meer abgerungene und besiedelte Flächen, schützen. In die Aufstellung nicht einbezogen sind die zahlreichen Sommerdeiche sowie jene Deiche, die wegen ihrer niedrigen Höhe häufig überflutet werden und die 2. oder 3. usw. Deichverteidigungslinie bilden.

### Erkenntnisse aus der Februarsturmflut

Bei ihren Untersuchungen über Ursachen und Ausmaß der eingetretenen Schäden haben die Fachleute festgestellt, daß in vielen Abschnitten der deutschen Nordseeküste die nach den Erfahrungen der bisherigen höchsten Sturmfluten und aufgrund der Erkenntnisse der Holland-Katastrophe festgelegte Deichhöhe nicht ausreichend war. Sie mußte aufgrund der bei der Februarsturmflut eingetretenen Wasserstände und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese unter ungünstigeren astronomischen Bedingungen und bei ungünstiger Lage des Sturmfeldes noch übertroffen werden können, neu festgesetzt werden. Dabei waren jeweils die besonderen örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen, da die Fluthöhe je nach Lage des Deiches, Geländehöhe, Windrichtung, z. B. auch infolge eines gleichzeitigen Flußhochwassers von oberhalb u. v. a. m., schwanken kann. Die Abbildung 19 bringt hierfür ein Beispiel: Ausgehend von dem nach der astronomischen Gezeitenberechnung zu erwartenden Springtidehochwasserstand (HSpThw) und dem größten bisher beobachteten Wasseraufstau bei Orkanwind (Windstau) ergibt sich der bisher eingetretene höchste Tidehochwasserstand (HHThw).

Berücksichtigt man hierzu die bei noch ungünstigeren Witterungsverhältnissen denkbare Erhöhung, ferner die „säkulare Wasserstandserhebung“, so ergibt sich der maßgebende Sturmflutwasserstand. Ein weiterer Zuschlag bei der Festlegung der Deichhöhe

ist erforderlich, um das Überschwappen der von den Orkanwinden aufgepeitschten Wellen über den Deich zu verhindern. Die endgültige Deichkronenhöhe ergibt sich dann unter Einrechnung eines Sicherheitsmaßes und unter Beachtung der nach Schütten eines neuen Deiches eintretenden Sackung.

Aufgrund solcher Überlegungen und Berechnungen nach der Sturmflutkatastrophe 1962 wurde z. B. die neue Deichhöhe im Hamburger Raum auf mindestens + 7,20 m NN festgelegt, unter Berücksichtigung örtlich noch ungünstigerer Wasserstände sogar bis auf + 9,0 m NN.

Damit werden die Deiche im Hamburger Raum, wie auch an der holländischen Küste, gegen die etwa 10 000jährige Sturmflut

Sicherheit bieten. Dieser aus der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Statistik stammende Begriff darf uns nun nicht etwa zu der Feststellung verleiten, daß die Deiche einer Sturmflut standhalten, die alle 10 000 Jahre einmal eintritt! Das wäre ein verhängnisvoller Trugschluß.

Bei den zahlreichen, den Sturmflutwasserstand bestimmenden Faktoren kann niemand bindend vorhersagen, zu welchem Zeitpunkt eine soundso hohe Sturmflut auftreten wird. Ebenso kann es durchaus sein, daß kurz nach einer besonders hohen Sturmflut eine gleich hohe oder noch höhere kommt.

Jedoch ist die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten einer 10 000-jährigen Sturmflut viel geringer als einer 1000- oder 100jährigen Sturmflut. Je seltener ein Sturmflutereignis zu erwarten ist, um so höher sind die Wasserstände und um so größer die sich daraus ergebenden Gefahren.

Die Festlegung der Deichhöhe nach dem seltenen Ereignis einer 10 000jährigen Sturmflut bedeutet also eine größere Sicherheit. Deshalb werden die Schutzbauwerke in Siedlungs- und Industriegebieten auf seltene Hochwasserereignisse ausgelegt, während in rein landwirtschaftlich genutzten Niederungen, wo die Gefahr von Menschenopfern im Falle einer Überflutung nicht besteht und der Wert der zu schützenden Güter nicht so hoch ist, aus Wirtschaftlichkeitsgründen eine Überschwemmung bei gewissen Hochwasserfluten in Kauf genommen wird.

Die vorstehenden Ausführungen werden nochmals deutlich durch die Feststellung, daß es sich bei dem während der Februarsturmflut 1962 aufgetretenen Wasserstand um ein etwa 500jähriges Ereignis gehandelt hat \*) 21.

Fortsetzung folgt

### \*) Ergänzende Literatur

\*) 5 Deutsche Beiträge der Internationalen Konferenz und Ausstellung „Wasser für den Frieden“, Washington D.C. 23. – 31. 5. 1967 – herausgegeben vom Bundesministerium für Gesundheitswesen, darin: Kramer, J.: Küstenschutz in der Bundesrepublik Deutschland.

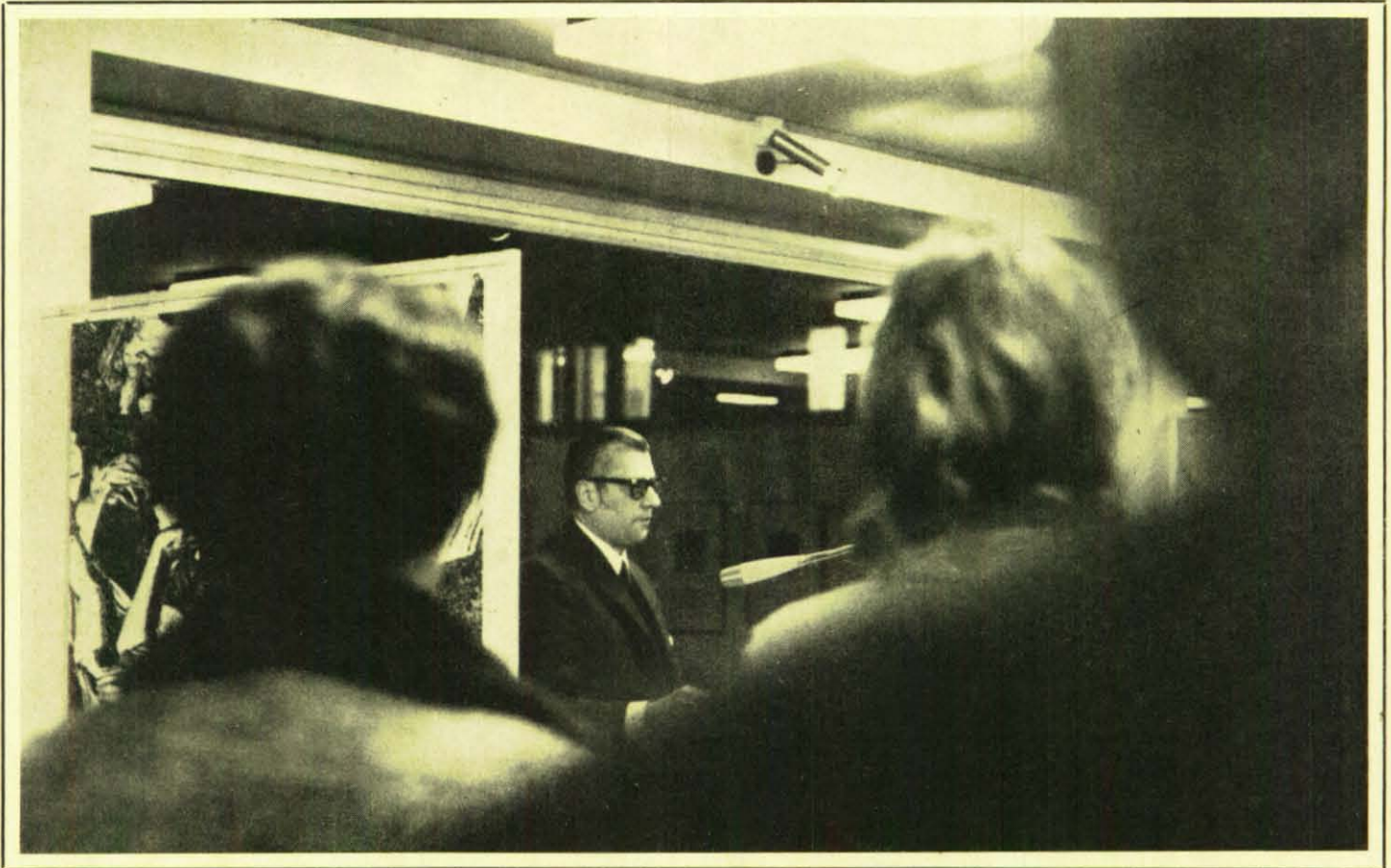
\*) 10 Siefert, W.: Die Tideverhältnisse der Elbe seit 1786; Deutsche Gewässerkundl. Mitteilungen, Heft 5/Oktober 1970.

\*) 17 Küstenausschuß Nord- und Ostsee: Die Küste, Heft 1/1962, Archiv für Forschung und Technik an der Nord- und Ostsee, Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens & Co., Heide, Holst.

\*) 21 Cimpa, F.: Die Wahrscheinlichkeit der Sturmflut 1962 in Hamburg, Zeitschrift: Die Wasserwirtschaft, Heft 3/1969.

# „Der Mensch in der Gefahr“ – eine Bilddokumentation

Von Renate Gorges



**In Anwesenheit zahlreicher prominenter Gäste eröffnete der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Kolb, in der Halle seines Amtes eine Bilddokumentation, die viele interessierte Besucher anzog.**

Am 11. Februar 1971 eröffnete der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, in der Halle des Bundesamtes in Bad Godesberg eine Bilddokumentation zu dem Thema: „Der Mensch in der Gefahr aus der Sicht des Künstlers Henry Moore.“ Siebzig den Originalen sehr nahe kommende Faksimile-Drucke des vom Rembrandt-Verlag, Berlin, in der begrenzten Zahl von 180 verlegten Shelter-Sketch-Books wer-

den hierbei vom Bundesamt als Eigentümerin der Bildmappe unter Mitwirkung des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Köln einer interessierten Öffentlichkeit zugeführt.

Die Shelter-Zeichnungen Henry Moores sind künstlerische Dokumente aus den Kriegsjahren von 1940–1942, als London von deutschen Bombenangriffen heimgesucht wurde. Sie befassen sich mit der Darstellung Londoner Bürger, die mangels geeigneter Schutzbauten vor den Luftangriffen in die Schächte der Londoner Untergrundbahnen flüchteten und während der Nächte auf dem Boden lagerten, warteten und schliefen.

Den meist farbigen Drucken der Bilddokumentation sind Vergrößerungen von Originalfotos gegenübergestellt, die während der Luftangriffe in den Untergrundtunnels aufgenommen worden sind.

Die Ausstellung will keine „engagierte

Kunst“ zeigen, noch ist beabsichtigt, einen Künstler wie Henry Moore dadurch, daß man sein Werk in Zivilschutzbehörden zeigt, zum „engagierten Künstler“ zu stempeln.

Zwar sind die Zeichnungen Henry Moores von zeitgeschichtlichen Ereignissen initiiert, sie stellen jedoch ein künstlerisches Dokument des Menschen in der Gefahr und Bedrohung in überzeitlicher Sicht dar.

Henry Moore hatte 1940 den Vorschlag seines Freundes Kenneth Clark, der Vorsitzender des englischen Kriegskünstler-Komitees war, offiziell „Kriegskünstler“ zu werden, abgelehnt. Statt dessen meldete er sich zusammen mit Graham Sutherland zum Kursus für Werkzeugbau in der kriegswichtigen Industrie an.

Als er 1941 an einem Abend mit der Untergrundbahn Londons zu seinem Landhaus zurückfahren wollte, sah er, wie sich Menschenschlangen in die Schächte der Unter-



In den Zeichnungen wurden die Eindrücke zum überzeitlichen Dokument des Menschen in der Gefahr. Unverkennbar tragen sie die künstlerische Handschrift Henry Moores, wie sie von seinen Skulpturen her bekannt sind. Statuenhaft, unbeweglich und doch von innerer Spannung beseelt, ver-

**Links: Unter den Gästen des Eröffnungsabends befanden sich (v. l. n. r.) Ltd. Reg.-Dir. Zielinski, BzB, der Präsident der Akademie für Zivile Verteidigung, Dr. Dr. Eichstädt, und Min.-Rat Dr. Schäfer, BMI. Unten: Teilansicht der Bilddokumentation.**



grundbahn drängten, um dort die Bombennächte zu verbringen. In allen Stationen lagerten sie auf den Bahnsteigen, während draußen die Stadt mit heftigem Sperrfeuer umgeben wurde, um den Kampfgeist der Londoner Bevölkerung zu stärken.

Henry Moore schreibt darüber: „Wir warteten eine Stunde, und der Anblick all der Menschen, wie sie tief unter der Erde kampierten, hat mich sehr bewegt. Noch nie hatte ich so viele Reihen liegender Figuren gesehen, und sogar die Löcher, aus denen die Züge herankamen, erschienen mir wie die Löcher meiner Skulpturen. Es gab Szenen, die wirklich zu Herzen gingen. Schlafende Kinder und daneben durchbrausende Züge, kaum einen Meter entfernt. Menschen, die ganz offensichtlich nicht zusammengehörten, bildeten kleine in sich geschlossene Gruppen. Sie waren von allen Ereignissen der Außenwelt abgeschnitten, doch sie waren sich dessen bewußt. Er-

regung war in der Luft. Sie spielten eine Rolle wie der Chor in der griechischen Tragödie; sie gaben Kunde von Gewalttätigkeiten, die man nicht sehen kann.“

Aus dieser Ergriffenheit heraus zeichnete Henry Moore. Allerdings fertigte er die Skizzen nicht in den Tunnels, sondern legte sie aus Pietätsgründen später aus dem Gedächtnis nieder.

Er fuhr zu den verschiedensten Untergrundbahnstationen, um die Unterschiede an den einzelnen Stationen kennenzulernen.

Er bemerkte, daß nichts für die Zuflucht-suchenden organisiert war, weder hygienische Vorkehrungen noch Feldbetten bereitstanden. Die Menschen lagerten auf mitgebrachten Matratzen, unter Decken und Mänteln, zum Teil auf dem blanken Betonboden.

Die vergrößerten Originalfotos aus dieser Zeit geben für diese Schilderungen ein eindrucksvolles Zeugnis ab.

harren Reihen von Menschen oder kleinere Gruppen abwartend im fahlen Licht der runden Gewölbe. Ihre Kleider sind gewandartig angeordnet, Gesichtszüge sind nur selten naturalistisch dargestellt. Es sind Menschen, die durch die Situation der Bedrohung, in der Gefahr zu Symbolfiguren geworden sind. Mütter, die ihre Kinder im Arm halten, erscheinen wie Madonnen. Henry Moore hat so drei zusammensitzende Frauen „Drei Parzen“ genannt, Schicksalsfrauen, deren künstlerische Vollendung Moore in späteren Plastiken gelingt.

Die Bilddokumentation, die in Anwesenheit zahlreicher prominenter Gäste eröffnet wurde, zog in den ersten Tagen bereits viele Besucher, darunter Schulklassen mit deren Kunsterziehern an. Sie war bis zum 20. März 1971 im Bundesamt zu besichtigen und wird als Wanderausstellung vom BVS in Waldbröl und später in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik gezeigt.

Brandamt  
Karl Heinz Gehrman

# Die Probleme sind nicht unlösbar

Gedanken zum Bau  
von Mehrzweckanlagen in unterirdischen  
Verkehrsanlagen

Es ist ein nicht wiedergutzumachendes Versäumnis, wenn unterirdische Verkehrsanlagen des ruhenden und fließenden Verkehrs nicht für Zivilschutzzwecke nutzbar gemacht werden. Niemand wird bestreiten, daß gerade solche Anlagen im Verteidigungsfall von der Bevölkerung aufgesucht werden. Wenn man einerseits bestrebt ist, die Bevölkerung zu Hause zu halten, muß man andererseits, um eine glaubhafte Zivilschutzpolitik nachzuweisen, Schutzräume schaffen, wo immer sie sich anbieten. Eine wandernde Bevölkerung, die versucht, aus der Gefahrenzone herauszukommen, kann

möglicherweise die aktive Verteidigung so blockieren, daß sie in Frage gestellt ist.

Aber immer noch bestehen von seiten der Gemeinden bei der Durchführung solcher kombinierter Bauvorhaben große Bedenken, daß durch die Zivilschutzmaßnahmen

1. die Planungs- und Bauzeit übermäßig verlängert wird,
2. die baulichen Zivilschutzmaßnahmen störend in den Baukörper eingreifen und die Friedensnutzung behindern,
3. erhöhte Kosten beim Bau und späterer Wartung anfallen,

4. Personal zur Wartung nicht vorhanden ist.

Sicher eine ganze Reihe von Problemen, die hier einmal näher untersucht werden sollen. Ich möchte zu diesen vier Punkten im folgenden mit einigen Gedanken zur Diskussion über dieses Thema beitragen.

## Verlängerung der Planungs- und Bauzeit

Erfahrungsgemäß zeigt sich immer wieder, daß die für den Zivilschutz zuständigen Ämter meist erst informiert werden, wenn

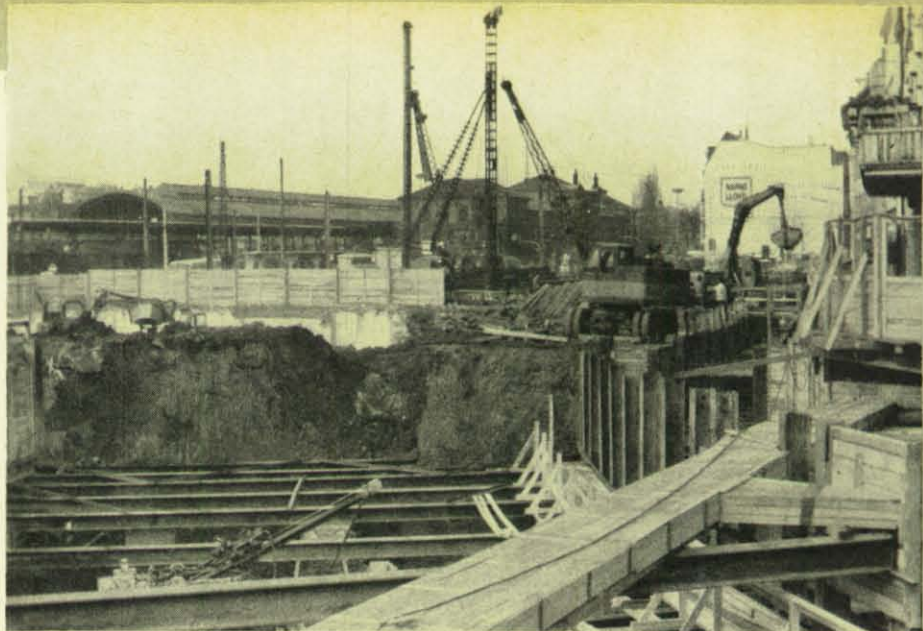
die friedensmäßige Planung erstellt oder sogar schon mit dem Bau begonnen wurde. Daß es dann sehr schwierig oder sogar unmöglich ist, zusätzlich bauliche Zivilschutzmaßnahmen nachträglich einzuplanen, wird jedem Fachmann einleuchten. Hier muß bereits im Planungsstadium eine frühzeitige Koordinierung aller Interessen durchgeführt werden. Nur so ist es möglich, daß keine unnötige Bauverzögerung entsteht.

Nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz muß der Bund frühzeitig – d. h. zwischen 2 und 5 Jahren vorher – über den Bau von unterirdischen Verkehrsanlagen unterrichtet werden, weil die Anforderung von Bundesmitteln eine langfristige Vorplanung voraussetzt. Bereits in diesem Vorstadium wird entschieden, ob Interesse für den Bau einer Mehrzweckanlage besteht.

Wird diese aus zivilschutztaktischen Gründen für erforderlich gehalten, wird für das Bauvorhaben die Anerkennung der Förderungswürdigkeit ausgesprochen und als nächster Schritt das Objekt unter baufachlichen und finanziellen Gesichtspunkten geprüft. Dieser Verfahrensweg bis zur Anerkennung der Förderungswürdigkeit ist sehr langwierig. Hier sollte eigentlich grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß alle unterirdischen Verkehrsanlagen, die sich durch ihren Baukörper und die zivilschutztaktische Lage anbieten, als Schutzräume ausgebaut werden sollen. Eine bessere Möglichkeit, Schutzräume zu schaffen, und zwar in verhältnismäßig großer Zahl, dürfte es wohl kaum geben.

**Greifen bauliche Zivilschutzmaßnahmen störend in den Baukörper ein und behindern sie die Friedensnutzung?**

Nach der letzten Konzeption des Bundes sollen bauliche Zivilschutzmaßnahmen nicht mehr im verstärkten Schutz erstellt werden. Das bedeutet, daß die hier angesprochenen unterirdischen Verkehrsanlagen im Grund-



**Oben: Für alle Strecken wurde die offene Baugrube gewählt, die bis zu 20 m Tiefe erreichte. Hier stellte die Grundwasserabsenkung eine besondere Schwierigkeit dar.**

**Darunter: Die Streckenführung der „U-STRAB“ in Bonn. Der Baugrund besteht aus Kies-Sandschichten, die von lehmigen Bodenschichten überlagert sind.**

## **ZB EINBANDDECKEN**

für Jahrgang 1970, Halbleinen mit Rückenprägung

**Preis DM 2,50**  
 zuzüglich Porto  
**Bestellungen umgehend**  
 erbeten

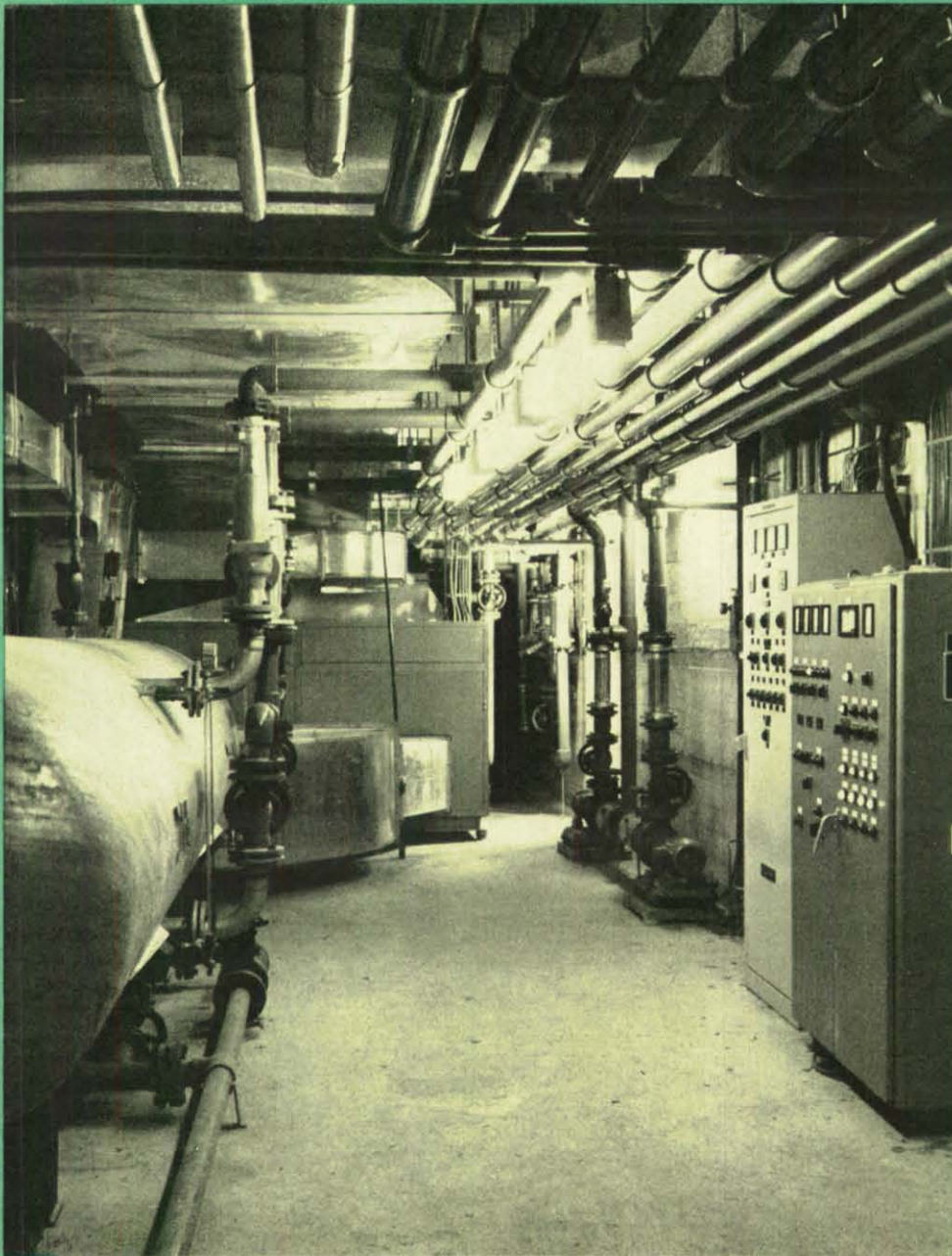
**MUNCHNER BUCHGEWERBEHAUS GMBH**  
 8 München 13, Schellingstr. 39, Tel. 285051

## **Jetzt kaufen!**



**Preise stark herabgesetzt**  
 für Schreibmaschinen aus  
 Vorführung und Retouren,  
 trotzdem Garantie u. Umtausch-  
 recht. Kleinste Raten. Fordern  
 Sie Gratiskatalog 26 D

**NÖTHEL** Deutschlands großes  
 Büromaschinenhaus  
 A. G. - M. Z. H.  
**34 GÖTTINGEN, Postfach 601**



**Die technischen Anlagen der unterirdischen Mehrzweckanlage in der Maargasse in Bonn.**

schutz ausgeführt werden. Wesentliche Veränderungen des friedensmäßig erstellten Bauwerkes sind also nicht erforderlich, da die Konstruktion der unterirdischen Verkehrsanlagen bereits auf die großen Verkehrsbelastungen berechnet sind und damit einen entsprechend hohen Schutz gegen alle bekannten Waffenwirkungen bieten. Im Ernstfall wird die Bevölkerung sowieso solche unterirdischen Anlagen aufsuchen, ohne zu prüfen, ob sie schutztechnisch ausgebaut sind. Durch zusätzliche Maßnahmen kann man hier mit einfachen baulichen und anlagentechnischen Mitteln zu einer überzeugenden Lösung kommen.

Geht man davon aus, daß die für die ärzt-

liche und sanitäre Versorgung sowie für den Bunkerwart erforderlichen Räume sich in denen für die Friedensnutzung bereits vorhandenen Räumlichkeiten unterbringen lassen, so ist zusätzlich für die Technik (Schalt- und Notstromzentrale, Be- und Entlüftung, Wasserversorgung etc.), Unterbringung der Ausrüstungsgegenstände und Lagerung von Vorräten entsprechender Raum zu schaffen. Ohne daß die Friedensnutzung beeinträchtigt wird, könnten diese Räume seitlich des Baukörpers angeordnet werden. Sie wären dann im wesentlichen ein selbständiger von der Mehrzweckanlage unabhängiger Bauteil.

In Bauteile von unterirdischen Verkehrs-

anlagen (U-Bahnen und Unterpflasterstraßenbahnen) würden nur die Verschlüßstore für die Fahrbahnröhren, die Schleusenanlagen und sonstige Abschlußstore eingreifen.

Auch Hinweise, daß der Fahrbetrieb beeinträchtigt wird, können nicht als stichhaltig angesehen werden. Die Fahrbahntore werden erst geschlossen, wenn aufgrund der Gefahrenlage ein Fahrbetrieb sowieso nicht mehr möglich ist. Diese Entscheidung fällt der örtliche Zivilschutzbeauftragte, in der Regel der Oberstadtdirektor. Wohin sollten letztlich auch die Züge noch fahren, wenn z. B. außerhalb der unterirdischen Verkehrsanlagen das offene Gelände verstrahlt ist? Vielmehr sollten die Züge in die geschützten Haltestellen einfahren, wo sie den Schutzsuchenden entsprechende Sitzmöglichkeiten bieten.

### **Erhöhte Kosten beim Bau und bei späterer Wartung**

Erhöhte Kosten beim Bau solcher Schutzräume in unterirdischen Verkehrsanlagen fallen nicht an. Nach den gesetzlichen Bestimmungen übernimmt der Bund die Kosten für den Ausbau und auch die Planung. Daneben statet er die Schutzräume mit erforderlichem Inventar und Vorräten aus. Kritisch hingegen ist, daß die Planungskosten nicht genau differenziert werden können und daß das Abrechnungsverfahren sehr aufwendig ist. Hier sind Bestrebungen im Gange, eine pauschale Kostenerstattung einzuführen. Inwieweit diese die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt und ob sie ein befriedigendes Ergebnis bringen wird, bleibt abzuwarten.

Gemäß Schutzbaugesetz haben die Gemeinden die Schutzräume zu übernehmen und auf ihre Kosten zu verwalten und unterhalten. Daß hierbei die Haushalte der Gemeinden über Gebühr in Anspruch genommen werden, sollte auch von seiten des Bundes erkannt werden. Hier wäre vorzuschlagen, eine Zuschußpauschalisierung einzuführen. Ob allerdings der im Gespräch stehende Betrag von 5,- DM pro Jahr und Schutzplatz ausreicht, wird vom Verfasser angezweifelt.

### **Personal für die Wartung**

Es dürfte sogar dem Laien klar sein, daß für die Wartung der komplizierten technischen Einrichtung, die in einem Schutzraum eingebaut ist, nur wirklich gut ausgebildetes Personal benötigt wird. Sicher gehören auch dazu exakte Wartungslisten. Diese allein aber reichen keineswegs aus. Die Praxis zeigt immer wieder, daß leider oft genug Ausfälle eintreten, die nur vom Fachmann beseitigt werden können.

Warum richtet man hier nicht Lehrgänge auf Bundesebene ein, um am Objekt entsprechendes Personal auszubilden? Bei allen anderen Hilfsdiensten wird dies ja mit Erfolg durchgeführt.

Hier ist auch die Frage interessant, wo das Personal herkommt, welches im Ernstfall

die Schutzsuchenden versorgt und betreut! Man kann keineswegs erwarten, daß die Schutzsuchenden dieses Personal stellen. Die Schleusenwärter, zum Beispiel, müssen, bevor sie diese verantwortliche Tätigkeit ausführen, geschult werden! Hier muß endlich etwas getan werden, damit die Einsatzbereitschaft der Schutzraumanlagen gewährleistet ist.

Zusammenfassend kann man sagen, daß einerseits die angesprochenen Probleme gar nicht so groß sind, wie sie in Veröffentlichungen immer wieder dargestellt werden, andererseits sollte man aber auch nicht leichtsinnig die noch bestehenden Schwierigkeiten übersehen.

### Ausrüstungsgegenstände

Hier noch ein weiteres Wort zur Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Schutzbauten. Das bisherige Verfahren, Vorräte und Gebrauchsgegenstände auf Rechnung des Bundes durch die Gemeinden zu beschaffen, wird vom Verfasser als sehr unglücklich angesehen, da die geforderten Artikel meist nicht auf dem örtlichen Markt zu beschaffen sind. Es müssen sehr umfangreiche Ermittlungen angestellt werden, bis man die entsprechenden Lieferfirmen findet. Vielleicht sollte hier die sehr umfangreiche Liste (rd. 180 Artikel) des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungs-

schutz auf die Lieferfirmen erweitert werden, falls man sich nicht entschließen sollte, diese Sachen auf Bundesebene auszuliefern, ähnlich wie bei der Beschaffung der Ausrüstung bei den Hilfsdiensten.

Auch wird bemängelt, daß diese Liste nicht allen Gegebenheiten entspricht. Es handelt sich bei der Erweiterung überwiegend um praktische Dinge, und es wäre ohne weiteres möglich, sie noch in die Liste aufzunehmen. Bei einer Zusammenballung von 1000–5000 Personen werden Situationen auftreten, die man im voraus einplanen muß. Gemeint sind u. a. Spielzeug für Kinder, Unterhaltungsspiele und Bücher für Erwachsene usw. Sollte wirklich einmal der Fall eintreten, daß die Schutzsuchenden 14 Tage und länger unter der Erde bleiben müssen, ohne daß sie darauf vorbereitet sind, müssen die Auswirkungen der physischen und psychischen Belastungen unbedingt mit einkalkuliert werden.

### Das Beispiel Bonns

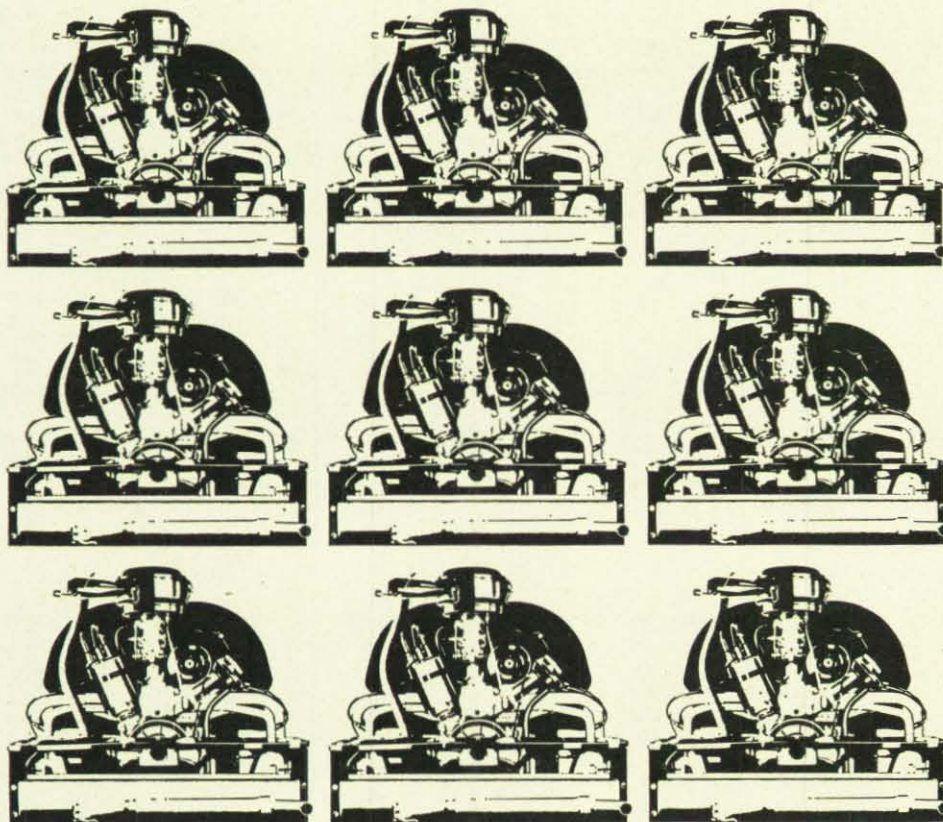
Von allgemeinem Interesse dürfte in diesem Zusammenhang sein, daß auch die Stadt Bonn, aufgrund ihrer besonderen Lage und ihrer extrem hohen Verkehrsdichte, gezwungen war, unter die Erde zu gehen. Hier handelt es sich eigentlich nicht um ein U-Bahn-Bauwerk, sondern nur um einen

unterirdischen Schienenweg für die Straßenbahn. Ein Umstand, dem die Bonner die abenteuerliche Wortschöpfung „Unterpflasterstraßenbahn“, kurz U-STRAB, verdanken.

Die erste Ausbaustufe sieht drei Tunnelabschnitte vor: 5,8 km in der Innenstadt, 1,9 km im Regierungsviertel des Bundes mit Anschluß an die im Bau befindliche Südbrücke und 2 km im Stadtteil Bad Godesberg. Der erste Rammschlag war am 26. Okt. 1967. Knoten- und Mittelpunkt der gesamten Anlage wird der unterirdische Nahverkehrsbahnhof, der unter dem jetzigen Bahnhofsvorplatz ausgeschachtet wird, sein. Die erste Ausbaustufe der U-STRAB, insgesamt etwa 9,7 km, soll bis 1974 betriebsbereit sein.

Nach Verhandlungen mit den für den Zivilschutz zuständigen Stellen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen soll der unterirdische Nahverkehrsbahnhof als Mehrzweckanlage für Zivilschutzzwecke ausgebaut werden. Die erforderlichen Ausbauplanungen gehen davon aus, hier etwa 4500 Schutzplätze einzurichten.

Nachdem der Bundesminister des Innern die Anerkennung der Förderungswürdigkeit für das o. a. Bauvorhaben in zivilschutztaktischer Hinsicht ausgesprochen hat, wird z. Z. die Detailplanung durchgeführt. Sobald diese zum Abschluß kommt, wird weiter über diesen Mehrzweckbau berichtet.



## VW-Industrie-Motoren.

**1200 ccm  
1600 ccm.**

**Für alle  
Antriebs-  
zwecke.**



**Industrie-Motor**



## Bremen

### ■ Helfertreffen der Landesstelle Bremen

Mehr als 170 Helferinnen und Helfer aus Bremen und Bremerhaven waren der Einladung der BVS-Landesstelle Bremen zu einem Treffen in Ritterhude gefolgt.

Bei der Eröffnung der Veranstaltung in der Ritterhuder Mehrzweckhalle konnte der Bremer Landesstellenleiter Martin Hecht zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter Bürgermeister Schölzel und Gemeindedirektor Stöckmann von der gastgebenden Gemeinde sowie den Bremer Innensenator Franz Löbert, begleitet von dem Leiter der Schutzpolizei, LtD. Polizeidirektor Müller, und dem Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz, LtD. Regierungsdirektor Dr. Lübben. Ferner den Bremerhavener Oberbürgermeister Bodo Selge, Abteilungsleiter Hanke als Vertreter für den erkrankten Direktor des BVS, den Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg, Müller, sowie die langjährige Helferin und Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft Marianne Hänecke und den ebenso langjährigen Bremerhavener BVS-Helfer und Stadtverordneten Sudwischer, die Vertreter des Standortkommandeurs, des Malteser-Hilfsdienstes und die Helfer Stelter, als gewählten Delegierten für eine Helfervertretung aus Bremen, und Schattauer, als Senior der BVS-Helferschaft in Bremerhaven.

Wesentlichster Zweck dieses Helfertreffens war, wie Landesstellenleiter Martin Hecht betonte, die Pflege der Kontakte zwischen der Helferschaft im Lande Bremen. Bis 1968 hatte man damit weniger Sorge; die frühere Landesschule Bremen in Ritterhude – die zweitälteste im Bundesgebiet – bot hierfür hinreichend Gelegenheit. Dort trafen sich bei den Lehrgängen Helferinnen und Helfer aus Bremen und Bremerhaven. Bekanntschaften wurden geschlossen, deren Anlaufzeit nach hanseatischer Art zwar etwas länger dauerte, die aber zu umso intensiveren und dauerhafteren Kontakten führten. „Dieses Ritterhude war zu einer echten Stätte der Begegnung geworden“, sagte Hecht. Ähnliches habe sich auch in den Abschnittsstellen in Bremen und Bremerhaven entwickelt. Schon Mitte der 50er Jahre habe man wegen der unge-

wöhnlichen Längenausdehnung von Bremen (42 km) und Bremerhaven (20 km) eine Zentralisierung der Helferschaft angestrebt und Diensträume für die Abschnitte – vornehmlich in Dienstgebäuden der Polizei – gemietet. Diese Räume wurden Domizil und Heimstätte der Helferinnen und Helfer. Leider fiel den durch die mittelfristige Finanzplanung im Jahre 1968 ausgelösten organisatorischen Strafmaßnahmen zunächst die Landesstelle Bremen zum Opfer. Ein Jahr später mußten dann auch die Diensträume der Abschnitte aufgegeben werden. Dadurch wurde das in vielen Jahren Gewachsene und in unendlicher Kleinarbeit Aufgebaute jäh unterbrochen. Die nach der Umstrukturierung verbliebenen hauptamtlichen Mitarbeiter werden es aber trotz aller persönlicher Bemühungen niemals schaffen, die Funktion der aufgegebenen Abschnittsdiensträume zu ersetzen und von einer Stelle aus die notwendigen Kontakte mit den in allen Stadtteilen verstreut wohnenden Helferinnen und Helfern aufrechtzuerhalten.

Diese Tatsache, sagte Landesstellenleiter Hecht, habe der Nordwestdeutsche Helfertag im September 1970 in Hamburg besonders deutlich gemacht. Nur zu verständlich sei daher der Ruf aus Bremerhavener Helferkreisen nach einer eigenen Veranstaltung der Bremer Landesstelle. Die große Teilnehmerzahl – darunter übrigens etwa ein Drittel jugendlicher Helfer – beweise die Notwendigkeit solcher Zusammenkünfte. Zwei Jahre nach Verkündung des Katastrophenschutzgesetzes warte man immer noch auf die Durchführungsbestimmungen, auf die Verordnung über den Aufbau des Verbandes und die allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes. Man warte auch auf die von dem Parlamentarischen Staatssekretär Wolfram Dorn im Verlauf des Helfertages 1970 in Hamburg angekündigte Verstärkung der Mittel, um endlich in der Lage zu sein, die Arbeit gezielt aktivieren zu können.

Trotz des Fehlens der Durchführungsbestimmungen und trotz der erschwerten Umstände im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sei man aber nicht müßig gewesen. So seien neben zahllosen informierenden und beratenden Gesprächen der Helferinnen und Helfer mit

Freunden und Bekannten im Jahr 1970 rund 1500 Schülerinnen und Schüler des Bremer Berufsbildungszentrums und durch zwei Ausstellungen fast 1000 vorwiegend weibliche Besucher über eine sinnvolle Lebensmittelbevorratung, Erste Hilfe bei Unfällen in Haushalten, am Arbeitsplatz und im Straßenverkehr sowie Möglichkeiten des Baues von Hauschutzräumen individuell informiert worden. 1970 wurden wiederum rund 1000 Personen in Ritterhude im Selbstschutz ausgebildet. Beteiligt war daran vor allem der Behörden-selbstschutz. Zu den Lehrgängen, die während der täglichen Arbeitszeit stattfanden, entsandten bremische senatorische Dienststellen sowie die Oberfinanz- und die Oberpostdirektion Bedienstete, die sich freiwillig einer Ausbildung unterzogen.

Die Anwesenheit zahlreicher junger Helferinnen und Helfer sei als Ausdruck ihres Willens zu deuten, sich schon frühzeitig Seite an Seite mit den älteren Helfern im Dienst für die Allgemeinheit persönlich zu engagieren. Landesstellenleiter Hecht erinnerte sodann an die seit längerer Zeit bereits gewünschte Vertretung der ehrenamtlichen Helferschaft. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an alle Helferinnen und Helfer, sich für regelmäßige Blutspenden zur Verfügung zu stellen.

Zu Beginn seines Vortrages hatte Martin Hecht des wenige Tage zuvor verstorbenen langjährigen Helfers Arnold Paasch gedacht, der in der Helferschaft von Bremen-Nord eine nur schwer zu schließende Lücke hinterläßt. Die Helferinnen und Helfer ehrten den Verstorbenen durch Erheben von ihren Plätzen.

Gegen die allgemeine Gleichgültigkeit der heutigen Menschen wandte sich der Ritterhuder Bürgermeister Schölzel. 25 Jahre nach dem Weltkrieg gebe es eine nur geringe Zahl von Menschen, die bereit sind, sich für einen Selbstschutz einzusetzen und Gefahren vorzubeugen. Die Helferinnen und Helfer des BVS aber hätten sich die Aufgabe gestellt, die Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen. Und sie hätten den Mut, alle Gefahren, die auf uns zukommen können, offen anzusprechen und sich darauf einzustellen.

Auch Bremens Innensenator Franz Löbert sprach den Helferinnen und Helfern seinen

Dank dafür aus, daß sie trotz der allgemeinen Teilnahmslosigkeit jahrelang ihre ehrenamtliche Aufgabe erfüllt hätten. Er hoffe, das werde auch in Zukunft so bleiben. „Ich habe die feste Überzeugung“, sagte Löbert, „daß wir alle uns von dieser Aufgabe, der wir uns freiwillig hingeben, von niemand abbringen lassen.“

Die Notwendigkeit des persönlichen Kontaktes innerhalb des Bundesverbandes unterstrich auch Bremerhavens Oberbürgermeister Bodo Selge. Die Arbeit könne nur Erfolg haben, betonte er, wenn sie auf einer breiten Vertrauensbasis stehe.

Es gehe nicht allein um die zivile Verteidigung, meinte BVS-Präsident Heinz Kuhn, sondern darüber hinaus um die Mitarbeit am demokratischen Leben. In der von ihm geleiteten Verwaltung der Stadt Bielefeld habe er festgestellt, wie gering die Bereitschaft in der Bevölkerung sei, sich an Aufgaben für die Allgemeinheit zu beteiligen. Das zeige sich ebenfalls, wenn Wahlhelfer oder Helfer für den sozialen Bereich gebraucht würden. Auch Kuhn bemängelte, daß man bald drei Jahre nach Erlaß des Katastrophenschutzgesetzes noch immer auf die Durchführungsverordnungen und die Verwaltungsvorschriften warten müsse. Diese Vorschriften liegen nun endlich dem Bundesrat vor, doch müssen noch gewisse Gegenvorschläge behandelt werden, darunter auch solche aus Bayern, die den BVS noch stärker in den Katastrophenschutz einbeziehen wollen. Er hoffe jedoch, daß die Verordnungen und Verwaltungsvorschriften spätestens bis zum Ende des kommenden Sommers verabschiedet sind. Der BVS werde dann Leistungen für die Gemeinde zu erbringen haben und mit den Gemeinden als Träger des Katastrophenschutzes eng zusammenarbeiten müssen. Auch die Mitwirkung der freiwilligen Helfer, die 95 Prozent der Arbeit leisten, solle in der Satzung festgelegt werden, sowie die längst notwendige Helfervertretung.

Wenn dem BVS die Aufgabe zufalle, die Bevölkerung im Selbstschutz auszubilden, dann beziehe sich das nicht nur auf den Verteidigungsfall. Immer wieder sei mit kleineren oder größeren Katastrophen zu rechnen – auch im täglichen Alltag einer Familie. Es gehöre zur Aufgabe des Verbandes, dem Bürger das Wissen darüber zu vermitteln, wie er sich bei Un-



glücksfällen verhalten muß und sich selbst und anderen helfen kann. Die erste Hilfe vom Nachbarn sei schneller da als die Hilfe der Behörden. Kuhn dankte den Helferinnen und Helfern für die „dornenvolle Arbeit“ der letzten Jahre. Es habe sich immer wieder erwiesen, daß die Masse der Bevölkerung Katastrophenschutzmaßnahmen befürworte. Präsident Kuhn verwies ferner auf das Gutachten von Professor Weizsäcker über Kriegsfolgen und Kriegsverhütung. Es enthalte weltweite politische Aspekte. Aber auch Weizsäcker halte ein „kleines Schutzraumbauprogramm“ heute noch für nützlich. Dieses müsse jedoch mit einer entsprechenden Ausbildung der Bevölkerung verbunden sein.

Mit großem Interesse wurde das Referat von Studiendirektor Teysen aus Hildesheim zum Thema „Zivile Verteidigung im Blickfeld einer kritischen Jugend“ aufgenommen. Teysen, der in der politischen Bildungsarbeit im Lande Niedersachsen tätig ist, gab eine Analyse der „kritischen Jugend“. Diese setzt sich fast überwiegend aus politisch aktiven Jugendlichen zusammen, aus Mitgliedern der Gewerkschaftsjugend sowie den Schülerinnen und Schülern der Oberklassen der Gymnasien und der akademischen Jugend. Sie bildet eine deutliche Minderheit, der der weitaus größere Teil der übrigen Jugend gegenübersteht, die in der Gesellschaft und mit der Gesellschaft lebt. Bei der kritischen Jugend ist das „Normale“ uninteressant, die Extremposition wird bevorzugt, sie tendiert eindeutig nach ganz links.

Für sie ist alles Bestehende überholungsbedürftig, ihre Konsequenz: Fort damit, schließlich sogar mit der Demokratie. Diese Gruppe der Jugend sei überdies nicht nur außerordentlich skeptisch, sondern auch erschreckend humorlos.

Für diese extremistische Jugend bedeutet — so sagte Teysen — die Mitte die Parteigruppe SPD, FDP und CDU. Und diese ist für sie bereits „verstaubt“. Teysen warnte vor einem Verlust der politischen Mitte.

Der Redner betonte, daß sich einige Gruppen der kritischen Jugend durch eine „elitäre Arroganz“ — laut Verteidigungsminister Helmut Schmidt — auszeichne. Der größere Teil der Jugend sei aber bereit, an der Erhaltung dieses Staates mitzuarbeiten, ohne

nicht darum auch kritisch zu sein. Bei einer Analyse des Bewußtseins hintergrundes dieser Zeit führte Teysen das große Unbehagen auf die Industrialisierung zurück. Alles, was heute die Welt bewege, sei von dieser herzuleiten. Sie habe den Menschen 1917 den Leninismus, 1922 in Italien den Faschismus und 1933 uns den Nationalismus beschert. Man sollte sich nichts vormachen, der „kalte Krieg“ gehöre nun einmal zu den Gesetzen dieses Jahrhunderts. Wer träume wohl nicht von einer besseren Welt? Aber diese Träume müssen sich ausrichten an den Realitäten. Was wir heute brauchen, ist illusionslose Wachsamkeit, gerade weil wir wissen, daß uns nur die freiheitliche Demokratie die Chance für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit läßt.

Im Verlauf der Veranstaltung wurden die langjährigen ehrenamtlichen Helfer Friedrich Böhme und Bernhard Chedor aus Bremen durch die Überreichung der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet. Fr. T.

## Hamburg

### ■ Erfolgreiche Werbung

Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ hatten am 26. Februar die für Sonnabend, 27. Februar, vormittags, auf dem Rathausplatz in Hamburg-Harburg vorgesehene Werbeveranstaltung des Bundesverbandes für den Selbstschutz angekündigt.

Bereits um 9 Uhr waren ein VW-Bus und mehrere Pkw mit Transparenten unterwegs, um für die Teilnahme an der Selbstschutz-Grundausbildung zu werben. An belebten Straßen und Plätzen wurde Werbematerial verteilt.

Um 11 Uhr traf die Werbekolonne auf dem Rathausplatz ein, wo der Spielmanszug „Deichwacht Hamburg“ mit flotten Weisen die Werbung unterstützte.

Das Interesse der Bevölkerung war so groß, daß schon nach einer halben Stunde die vorbereiteten Werbeschriften mit einem Aufruf des für Harburg zuständigen Bezirksamtsleiters Hans Dewitz vergriffen waren. Die BVS-Redner, Berater und Mitarbeiter wurden immer wieder in Diskussionen verwickelt und konnten auf diese Weise für unsere Aufgabe werben.

An diesem Vormittag wurden weit über 2000 Personen angesprochen und über die Termine der nächsten Grundausbildung informiert.

## Nordrhein-Westfalen

### ■ Rechtsreferendare in Körtlinghausen

Nach einer ersten — mit gutem Ergebnis durchgeführten — Tagung für Rechtsreferendare des Regierungsbezirks Arnsberg im Oktober 1970 erging durch das Innenministerium NRW an die anderen Bezirksregierungen die Anregung, in gleicher Weise Informationstagungen mit der Landesstelle Nordrhein-Westfalen zu vereinbaren. Diese Anregung wurde von den Bezirksregierungen aufgegriffen, so daß Termine für weitere Informationstagungen für die Referendare aller Regierungsbezirke für das Jahr 1971 festgelegt werden konnten. Die erste dieser Tagungen fand vom 24. bis 26. Februar in Schloß Körtlinghausen statt. Als Themen standen auf dem Programm: die Zivilschutz-Gesetzgebung, Selbstschutz in Wohnstätten und Betrieben einschließlich Behördenselbstschutz, sowie Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten einschließlich Schutzraumbau.

Der Themenkreis wurde noch durch einen Vortrag „Der militärische Anteil an der psychologischen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“ erweitert, für den die Landesstelle einen Offizier des I. Korps-Kommandos Münster als Redner gewinnen konnte. Mit der Einschaltung dieses Vortrages wurde beabsichtigt, dem Teilnehmerkreis deutlich zu machen, daß neben der militärischen Verteidigung auch die geistige Auseinandersetzung eine nicht geringe Rolle spielt.

Weiterhin sprach Ltd. Min. Rat Dr. Freund vom Innenministerium NRW als Gastreferent über die gesetzlichen Grundlagen der zivilen Verteidigung.

An der Tagung nahmen 24 Rechtsreferendare einschließlich der beiden Betreuer der Arbeitsgruppen der Bezirksregierung Aachen teil.

Die Teilnehmer folgten den Ausführungen der Referenten mit Interesse. Die jeweils sich anschließenden Aussprachen wurden zwar kritisch, jedoch sachlich geführt.

An der Katastrophenschutzschule Bayern in Wolfratshausen (1/4 Autobahnstunde von München) ist die Stelle des

## Lehrgruppenleiters ABC-Dienst

neu zu besetzen.

Vergütung nach VergGr. IVb BAT, Aufstieg nach IVa. Zusätzliche Altersversorgung. Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen und bei getrennter Haushaltsführung Trennungsgeld, werden gewährt.

Ausführliche Bewerbung mit Lichtbild und Nachweis der Fachkenntnisse erbeten an

**Katastrophenschutzschule Bayern, 819 Wolfratshausen 1, Beuerberger Str. 9—11, Tel. 08171/484**

# Schlag nach bei ...

Auch die Belieferung mit Publikationen zum Zwecke der Auswertung gehört zur Betreuung der BVS-Redner

Eine der wirksamsten Methoden der Öffentlichkeitsarbeit ist die Tätigkeit der BVS-Redner. Sie schafft in der Öffentlichkeit die Grundlage für ein besseres Verständnis für Fragen der zivilen Verteidigung.

Diese Redner mit allgemeinen und fachlichen Informationen zu versorgen, ist ein Teil der Betreuungsaufgabe des Rednerdienstes. Dazu gehört neben dem INFO-Dienst, der mehrmals im Jahr erscheint und bestimmte Schwerpunkt-Themen behandelt, u. a. auch die Belieferung mit den Publikationen unseres Verbandes, der „ZB“ und dem „Helferbrief“.

Damit erschöpft sich die Betreuung der Redner jedoch keineswegs. Die Verbesserung der Kontakte zueinander und untereinander soll bewirken, daß der Kreis der Redner im Laufe der Zeit zu einer echten Gemeinschaft zusammenwächst.

Der Geist dieser Gemeinschaft muß mit Leben erfüllt werden, damit das erreicht wird, was Zweck der Betreuung ist: zu einer Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch die Intensivierung des Rednerdienstes beizutragen.

Zur Betreuung gehört es auch, den Mitarbeitern in der Öffentlichkeitsarbeit des BVS – und hier besonders den Rednern – Anregungen für ihre Arbeit zu geben. Davon soll heute die Rede sein.

Es geht darum, die vorhandenen Publikationen systematisch für die eigene Arbeit auszuwerten, nachdem man sie aufmerksam gelesen hat.

Bereits beim Lesen wird ein aufmerksamer Mitarbeiter den einen oder anderen Beitrag als besonders wertvoll empfinden und schon jetzt eine Vorauslese für „sein eigenes Archiv“ vornehmen, damit er später nicht lange suchen muß, um den gewünschten Beitrag zu finden.

Die Auswertung von Beiträgen in der „ZB“ für die Arbeit der BVS-Redner ist hierbei von besonderem Wert, wenn man bedenkt, daß beispielsweise im vergangenen Jahre über hundert Beiträge zu den verschiedensten Fragen des Selbstschutzes, des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung er-

schiene sind. Außerdem wurde über die Großveranstaltungen des BVS im Jahre 1970 ausführlich berichtet. Schließlich stellen die veröffentlichten Stellungnahmen des Parlamentarischen Staatssekretärs Wolfram Dorn im Bundesministerium des Innern anläßlich seiner Teilnahme an den Helfertagen des BVS im vergangenen Jahr wertvolle Dokumentationen für die Öffentlichkeitsarbeit dar, die genutzt werden sollten, wenn es darum geht, in Veranstaltungen und bei Diskussionen den Standpunkt der Bundesregierung zu den Fragen der zivilen Verteidigung, zum Zivilschutz und zum Selbstschutz zu erläutern.

Aus dieser Fülle von Informationen gilt es nun, eine Auswertung für den betreffenden Anlaß vorzunehmen. Ob es sich um Arbeitsgemeinschaften „Öffentlichkeitsarbeit“ bei den Dienststellen handelt oder darum, sich als BVS-Redner aktuelle Informationen für ein neues Referat zu beschaffen – in der ZB-Jahressammlung 1970 bietet sich ein schier unerschöpflicher Fundus an, sowohl an fachlichen als auch an politisch-aktuellen Beiträgen.

Es wird nun auf das Geschick des einzelnen ankommen, den jeweils für ihn passenden Beitrag für den vorgesehenen Zweck auszuwerten.

Zunächst sollte man sich darüber klarwerden, welches Thema man behandeln will, sodann sollten Stichworte für den Aufbau des Vortrages gefunden werden, die eine klare Gliederung des Vortrages ermöglichen, und danach sollte eine systematische Durchsicht nach dem Stichwortverzeichnis im Jahresregister erfolgen. Hat man den betreffenden Beitrag gefunden, gilt es, ihn geschickt in den eigenen Vortrag einzubauen.

Nach einiger Übung wird man dann feststellen, wie relativ einfach so etwas ist.

Auch Arbeitsgemeinschaften auf der Ortschaftsebene sollten sich intensiv mit den sich hier bietenden Möglichkeiten beschäftigen. Die Arbeitsgemeinschaft sollte sich ein Thema stellen und dieses Thema dann als Vortrag gemeinsam erarbeiten.

Hat man erst den Vortrag im Rohentwurf nach Stichworten gegliedert, wird man erkennen, wo eine ergänzende fachliche Aussage fehlt, oder wo die Interpretation eines bestimmten Begriffes angebracht ist. Im Jahresregister 1970 findet man dann, nach Stichworten gegliedert, schnell einen passenden Beitrag, den es geschickt auszuwerten gilt.

Von dieser Möglichkeit der Auswertung wird bisher viel zuwenig Gebrauch gemacht.

Die Belieferung der BVS-Redner mit Schriftgut allgemeiner und fachlicher Art wird zukünftig zwar erheblich gesteigert werden, jedoch wird der fertige Vortrag in den seltensten Fällen greifbar sein, dazu ist der Themenkreis innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit in unserem Verband einfach zu vielfältig. Hinzu kommt, daß ein Vortrag stets auf die Besonderheit seiner Verwendung abgestimmt sein sollte.

Außerdem wird ein lebendig gestalteter Vortrag eher den bezweckten Erfolg bewirken als das Ablesen eines fertig gelieferten Manuskriptes.

Den Rahmen für ein möglichst vielfältiges Vortragsprogramm wird der Rednerdienst liefern, das Füllen dieses Rahmens jedoch wird stets die Aufgabe des einzelnen sein.

Eines dieser Hilfsmittel aufzuzeigen, deren der BVS-Redner sich dabei bedienen kann, sollte der Zweck dieser kleinen Anregung sein.

Eine weitere Anregung soll in der nächsten Ausgabe gegeben werden. Es handelt sich um die vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten der Tageslicht-Projektoren. Diese Geräte wurden beschafft, um die Öffentlichkeitsarbeit mit einem echten Hilfsmittel auszustatten. Wie sich in der zurückliegenden Zeit herausgestellt hat, wurde das weite Spektrum der Einsatzmöglichkeit noch nicht von allen Mitarbeitern erkannt. Aus diesem Grunde wird sich der nächste Beitrag ausführlich mit den Möglichkeiten des Einsatzes der Tageslicht-Projektoren befassen.

Helmut Fiebig

## Feuerwerker: Namenlose Helden der Bombennächte

Ein Tatsachenbericht von Walter Merz. 224 Seiten, 16 Kunstdrucktafeln, 23 Abbildungen. DM 19,80. Erich Pabel Verlag, Rastatt, Postfach 209.

Dieses Buch, geschrieben von einem Mann, der als Feuerwerker selbst mit dabei war, ist ein Bericht über den Einsatz seiner vielen namenlosen Kameraden, die in den Bombennächten unvorstellbare Leistungen vollbrachten. Ihr Kriegsschauplatz war die Heimat. Ihr Kampf galt den Bombenblindgängern und den Bomben mit Langzeitzündern. Ihr risikoreiches Wirken begann, wenn die Bomber ihr furchtbares Werk beendet hatten. Allein mit einem Ungeheuer, dessen Explosionskraft oft genügt hätte, ein ganzes Wohnviertel zu zerstören, begannen sie den Kampf mit dem teuflischen Mechanismus der Zeitzünderkonstruktion. Oft entschieden nur Sekunden oder unkalkulierbare Zufälle über Leben und Tod.

Der Autor schildert das Schicksal eines Feuerwerkers, der im Verlauf unzähliger Entschärfungsaktionen manche Stationen der Hölle passiert und der, ebenso wie seine 1337 anderen deutschen Feuerwerkerkollegen, trotz der Chirurgenhände dem Tod nicht entgehen konnte.

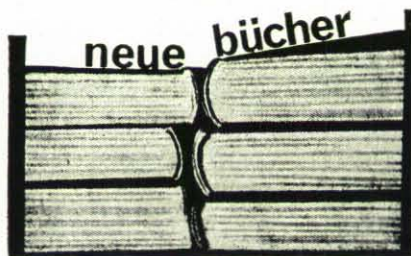
Ein weiteres Kapitel des Berichts schildert das langsame Sterben der Stadt Hamburg anhand vieler Zahlen über abgeworfene Bombenlasten, eingeflogene Flugzeuge und ihre Taktiken.

Mit dem Ende des Krieges endete aber noch nicht die Arbeit der Feuerwerker. Über das Wirken der Munitionsräumkommandos, die noch jahrelang Blindgänger, Munition, Panzerfäuste und andere gefährliche Sprengmittel vernichteten, und das oftmals unter unvorstellbaren Bedingungen, berichtet ein weiteres Kapitel. Abbildungen aller Art von Bomben und Zündern und die Beschreibung von Entschärfungsmethoden runden das Werk ab, das sich in vielen Passagen spannend wie ein Kriminalroman liest, obwohl ihm an manchen Stellen etwas weniger Pathos, weniger Ehrfurcht vor Uniformen, Orden und Ehrenzeichen gut bekommen wäre.

Helmut Freutel

## VbF-TRbF

Verordnung über brennbare Flüssigkeiten und technische Regeln für brennbare Flüssigkeiten. Herausgegeben von Oberamtsrat Paul Sommer, Bonn. Textausgabe mit Erläuterungen, Format Din A5, Spezialeinband, geeignet zum Ein-



sortieren von Nachträgen, 352 Seiten, Preis: DM 39,—. Deutscher Fachschriften Verlag, Wiesbaden-Dotzheim, Postfach 13 007.

Diese Textausgabe enthält die im Herbst 1970 bestehenden Bundesvorschriften über Lagerung, Abfüllung und Beförderung brennbarer Flüssigkeiten zu Lande, und zwar die Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (VbF) in der durch Bekanntmachung vom 5. Juni 1970 bestimmten Fassung, die allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 6 der VbF vom 12. Mai 1960 und die Technischen Regeln über brennbare Flüssigkeiten vom 3. August 1970.

Das Werk enthält außerdem Erläuterungen, die unter Benutzung der amtlichen Begründungen zu den Entwürfen der vorgenannten Verordnungen ausgearbeitet wurden.

Für die Ausgabe wurde wiederum ein Einband gewählt, der es gestattet, diese bei Bedarf durch Austausch von Blättern auf den neuesten Stand zu bringen. Die Ergänzung und das Auswechseln wird besonders die TRbF betreffen, zu denen bereits Änderungen in Vorbereitung sind.

## Taschenbuch für die Wirtschafts-Presse 1971

Herausgeber: BP Benzin- und Petroleum AG, Hamburg. Kroll-Verlag, 8031 Seefeld/Obb. 232 Seiten, DIN-A 6-Taschenbuchformat, flexibler Plastik-Einband. Preis: DM 19,— inkl. MWSt.

Von A bis Z enthält die neue Auflage des BP — „Taschenbuch für die Wirtschafts-Presse“ wieder die wichtigsten Anschriften aus der deutschen Wirtschaft. Und alles mit Telefon- und Telexnummern und mit vielen Namen und Daten: die Presse-, Werbe-, und Public-Relations-Manager der Firmen, die Pressereferenten der Behörden, Verbände, Organisationen, das Versicherungs- und Bankwesen, die Markt- und Meinungsforscher, Universitäten und Hochschulen und last not least die deutschen Wirtschaftsjournalisten mit Angaben über ihre Tätigkeitsbereiche, Spezialgebiete und Privatanschriften.

Damit ist auch diese Neuauflage wieder zu

einem unentbehrlichen Helfer für alle die geworden, die täglich mit der Pressearbeit in der deutschen Wirtschaft zu tun haben: Für Journalisten, Werbefachleute, Mediaplaner und Presse- und PR-Berater.

Wirtschaftsjournalisten erhalten das „Taschenbuch für die Wirtschafts-Presse“ kostenlos bei der Presseabteilung der BP-Benzin und Petroleum AG in Hamburg mit einem besonderen Leckerbissen: nämlich einer Broschüre, die eine Fülle an statistischem Material aus der Mineralölwirtschaft bietet. Sonstige Interessenten können das „Taschenbuch für die Wirtschafts-Presse“ über den Kroll-Verlag beziehen.

## Krankenpflegehelferin Krankenpflegehelfer

Ein Lehrbuch und Leitfaden. 2. überarbeitete Auflage. Herausgegeben von W. Heesen, Dr. med., Obermedizinalrat und Chefarzt. Mit Geleitworten von Prof. Dr. med. J. Stralau, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheitswesen; Oberbürgermeister A. Fischer, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, und Msgr. W. Mühlenbrock, ehem. Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft. 776 Seiten Kunstdruck, Halbleinen, 511 Abbildungen, 8 Tabellen. DM 38,50. Mengenrabatte. Schlütersche Verlagsanstalt und Buchdruckerei, 3 Hannover 1, Postfach 5440.

Dieses Lehrbuch ist eine Teamarbeit von Ärzten, Juristen, Schwestern und Krankenpflegern.

Die übersichtliche Gliederung, die reiche Bildausstattung und die Tatsache, daß der gesamte Wissensstoff aus einem Buch vermittelt werden kann, machen dieses Lehrbuch zu einem idealen Helfer für Lehrer und Schüler.

Prof. Dr. J. Stralau beurteilt das Buch u. a. wie folgt: „Der Beruf der Krankenpflegehelferin und des Krankenpflegers hat seit seiner gesetzlichen Regelung im Jahre 1965 seinen festen Platz im Krankenhaus gefunden. Die Krankenpflegehelferinnen und die Krankenpflegehelfer sind neben der Krankenschwester und der medizinisch-technischen Assistentin unentbehrliche Kräfte im Dienst des Kranken geworden. Ihnen bietet das vorliegende Lehrbuch das für die Ausübung ihres schönen Berufs notwendige Wissen in überreichem Maße an. Darum wünsche ich dem Buch eine weite Verbreitung und gute Aufnahme in allen Ausbildungsstätten für Krankenpflegehelferinnen und Krankenpfleger.“

Noch eine Buchbesprechung:

## Das Plakatbuch als Helfer

In vielen Situationen bietet es zusätzliche Sicherheit

Haben Sie schon einmal versucht, vorbeifahrende Autos durch Winken und Gestikulieren zum Halten zu bringen? Wenn ja, wissen Sie, wie schwer das ist. Aber es ist auch verständlich. Sehen Sie es einmal aus der Sicht des vorbeikommenden Fahrers. Winkende Leute am Straßenrand sieht er viele, doch weiß er, was sie wollen? Nicht immer ist es unhöflich, weiterzufahren. Weiß man, ob man für den Winkenden der Richtige ist? Nicht jeder kann bei einer Panne helfen, nicht jeder versteht es, ein anderes Fahrzeug in Schlepp zu nehmen. Bei einem Straßentest mit simulierter Panne hielten übrigens von hundert vorbeifahrenden Autos nur zwei.

Wenn Sie aber ein Signalbuch mit Notplakaten bei sich haben, können Sie den vorbeifahrenden Autos unübersehbar signalisieren, welche Art der Hilfe Sie brauchen.

Ein Buch „Notplakate für Kraftfahrer“ enthält im praktischen DIN-A4-Format die vier gebräuchlichsten Signale: „Habe Panne“ – „Bitte Benzin“ – „Arzt gesucht“ und „Wagen im Schlepp“. Die Ausführung des Buches ist solide, die Plastik-Ringbindung praktisch. Der Preis beträgt 6,80 DM.

Ein anderes Plakatbuch für Kraftfahrer enthält noch weitere sechs Signale: „Abstand halten“ – „Achtung Unfall“ – „Verletzter

an Bord“ – „Komme gleich wieder“ – „Vorsicht Ölspur“ und „Bin ortsfremd“. Auch wenn der Heranfahrende den Text der Bücher nicht lesen kann – vielleicht ist er Ausländer –, das Pannensymbol ist blitzschnell zu erfassen. Ohne Zweifel, alles brauchbare Hinweise, um sich verständlich

zu machen. Der Preis dieses Buches beträgt 15,80 DM.

Gestaltet wurden die Bücher von Hans Schultz-Severin. Sie sind gesetzlich geschützt und erhältlich in Buchhandlungen oder beim Bleicher-Verlag, 7016 Gerlingen, Hofwiesenstraße 26.

